

VOLKS-TRIBÜNE.

Social-Politisches Wochenblatt.



Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh. — Abonnements-Preis für Berlin monatlich 50 Pfg. pränumerando (frei ins Haus). — Einzelnr. Nummer 15 Pfg. Durch jede Post-Anstalt des Deutschen Reiches zu beziehen. (Preis vierteljährlich 1 Mk. 50 Pfg.; eingetragen unter Nr. 893 der Zeitungspreisliste für das Jahr 1890)

Redaktion und Expedition:
S.O. (26). Oranien-Strasse 23.

Inserate werden die 4spaltige Zeitungs-Zeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. — Vereins-Anzeigen: 15 Pfg. Arbeitsmarkt: 10 Pfg. — Inseraten-Aufnahme in der Expedition: Oranien-Strasse 23.

Verlag für die Expedition:
„Volksblatt“ Zimmer-Strasse 44.

Nr. 8.

Sonnabend, den 22. Februar 1890.

IV. Jahrgang

Regierung und Arbeiterschutzgesetz. — Die Kaiserlichen Erlasse, Kartell und Sozialdemokratie. — Wie Kartellblätter in der Arbeiterschutzfrage bereits bremsen. — Die französische Presse und die kaiserlichen Erlasse. II. — Regierung und Presse in Deutschland. II. — Was ist Geld? — Arbeiterinnen-Bewegung.

Gedicht. — Denkschrift über die Ausstände der Bergleute. — Ist der Fisch für alle gedeckt? — Die Arbeitszeit in Frankreich. — Das Zeitalter des Aluminium. — Lehrermangel.

An die sozialdemokratischen Wahlkomitees.

Diejenigen Wahlkreise, deren Kandidaten in die Stichwahl kommen, und die auf materielle Hilfe rechnen, werden gebeten, ihre Gesuche sofort an den Unterzeichneten einzusenden.

Dresden-Plauen, den 17. Februar 1890.

Für das Zentral-Wahlkomitee.

A. Bebel.

Die Regierung und die Arbeiterschutzgesetz.

Der preussische Staatsrath ist zur Begutachtung der Arbeiterschutzgesetzfrage zusammenberufen und vom Kaiser Freitag, den 14. d. Mis. mit folgender Ansprache eröffnet worden:

„Meine Herren Mitglieder des Staatsraths!

Durch meinen Erlaß vom 4. d. Mis. sind Sie davon unterrichtet worden, daß es mein Wille ist, das Gutachten des Staatsraths über diejenigen Maßnahmen zu hören, welche zur besseren Regelung der Verhältnisse des Arbeiterstandes erforderlich sind. Es entspricht der Bedeutung, welche der Staatsrath in der Monarchie einnimmt, daß die wichtigsten, auf diesem Gebiete einer geordneten Lösung harrenden Fragen von Ihnen einer gründlichen Erwägung unterzogen werden, bevor die anzustellenden Gesetzentwürfe an die parlamentarischen Körperschaften gelangen, denen die endgültige Beschlußfassung darüber verfassungsmäßig zusteht.

Ich lege Werth darauf, daß der aus den verschiedensten Berufskreisen zusammengesetzte Staatsrath auf Grund der in ihm vertretenen praktischen Erfahrungen die von mir in Aussicht genommenen Vorschläge auf ihre Zweckmäßigkeit, Ausführbarkeit und Tragweite einer gewissenhaften und vorurtheilsfreien Prüfung unterzieht.

Grnst und verantwortungsvoll ist die Frage, zu deren Lösung ich Sie hierher entboten habe. Der den Arbeitern zu gewährenden Schutz gegen eine willkürliche und schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskraft, der Umfang der mit Rücksicht auf die Gebote der Menschlichkeit und der natürlichen Entwicklungsgeetze einzuschränkenden Kinderarbeit, die Berücksichtigung der für das Familienleben in sittlicher und wirtschaftlicher Hinsicht wichtigen Stellung der Frauen im Haushalte der Arbeiter und andere damit zusammenhängende Verhältnisse des Arbeiterstandes sind einer verbesserten Regelung fähig.

Dabei wird mit sachkundiger Besonnenheit erwogen werden müssen, bis zu welcher Grenze unsere Industrie eine durch strengere Vorschriften zu Gunsten der Arbeiter erhöhte Belastung der Produktionskosten ertragen kann, ohne durch den Wettbewerb auf dem Weltmarkte die lohnende Beschäftigung der Arbeiter beeinträchtigt zu sehen. Dadurch würde statt der von mir erstrebten Förderung eine Schädigung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter herbeigeführt werden. Um diese Gefahr zu beseitigen, bedarf es eines hohen Maßes weiser Besonnenheit. Denn die glückliche Lösung dieser unsere Zeit beherrschenden Fragen ist um so wichtiger, als dieselbe mit der von mir angeregten internationalen Verständigung über dieselben in ersichtlicher Wechselwirkung steht.

Nicht minder wichtig für die Sicherung eines friedlichen Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind die Formen, in welchen den Arbeitern die Gewähr dafür zu bieten ist, daß sie durch Vertreter, die ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung ihrer gemeinsamen Thätigkeit theilhaftig und zur Wahrnehmung ihrer Interessen in Verhandlung mit den Arbeitgeber befähigt werden. Es wird zu erstreben sein, die Vertretungen der Arbeiter mit den staatlichen Berg- und Aufsichtsbearbeitern in Verbindung zu setzen und auf diese Weise Formen und Ordnungen zu schaffen, durch welche den Arbeitern der

freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Interessen ermöglicht und den staatlichen Behörden Gelegenheit geboten wird, durch Anhörung der unmittelbar Betroffenen fortlaufend über die Verhältnisse der Arbeiter zuverlässig unterrichtet zu werden und mit den letzteren die wünschenswerthe Fühlung zu behalten.

Auch die weitere Entwicklung der staatlichen Betriebe zu mustergültigen Vorbildern einer wirklichen Arbeitersicherung bedarf der eingehendsten sachkundigen Erwägung.

Ich vertraue auf die bewährte, treue Hingebung des Staatsraths bei den Arbeiten, die ihm jetzt bevorstehen. Ich verkenne nicht, daß gerade auf diesem Gebiete nicht alle wünschenswerthen Verbesserungen allein durch staatliche Maßnahmen zu erreichen sind. Der freien Thätigkeit, der Kirche und Schule verbleibt daneben ein weites Feld segensreicher Entfaltung, durch welche die geselligen Anordnungen unterstützt und befruchtet werden müssen, um zu voller Wirksamkeit zu gelangen. Aber wenn es mit Gottes Hilfe gelingt, die berechtigten Interessen des arbeitenden Volkes auf Grund der von ihnen zu machenden Vorschläge zu befriedigen, so wird ihre Arbeit meines königlichen Dankes und der Anerkennung der Nation gewiß sein dürfen.

Die Ihrer Berathung zu unterstellenden Vorlagen werden Ihnen unverweilt zugehen. Ich bestimme zur Theilnahme an der Berathung die beiden Abteilungen für Handel, Gewerbe, öffentliche Bauten, Eisenbahnen und Bergbau und für Angelegenheiten der inneren Verwaltung, denen ich eine Anzahl sachkundiger Personen zuweisen werde. Die Mitglieder dieser Abteilungen ersuche ich, sich am 26. d. M., 11 Uhr, in den ihnen zu bezeichnenden Räumlichkeiten zu versammeln.

Zum Referenten bestimme ich den Ober-Justizminister Miquel, und zum Korreferenten den Geheimen Finanz-Rath Tencke. Ich behalte mir vor, nach Abschluß der Abtheilungsberathungen den Wiederzusammentritt des Staatsraths zu bestimmen, und wünsche Ihnen zu ihrer Arbeit den Segen von oben, ohne welchen menschliches Thun niemals gedeihen kann.“

Die „Freis. Zig.“ bemerkt hierzu: Wenn man die Ansprache des Kaisers an den Staatsrath vergleicht mit den beiden kaiserlichen Erlassen vom 4. Februar, so tritt eine gewisse Einschränkung des damals kundgegebenen Programms hervor. Vielleicht ist dieselbe auf eine Einwirkung des Reichskanzlers zurückzuführen. Für die Ansprache im Staatsrath hat der Reichskanzler durch seine Anwesenheit ausdrücklich die Verantwortlichkeit übernommen, während bekanntlich jene Erlasse einer ministeriellen Gegenzeichnung überhaupt entbehrten.

In dem Erlaß vom 4. Februar wird es als Aufgabe der Staatsgewalt bezeichnet, „die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesellschaftliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben.“ Man hat in diesem Programm vielfach auch eine Anerkennung eines Maximalarbeitstages für Erwachsene erblicken wollen.

Im Gegensatz hierzu wird in der Ansprache an den Staatsrath nur die Einschränkung der Kinderarbeit und der Frauenarbeit betont, während im übrigen nur ganz im allgemeinen von einem Schutz gegen eine willkürliche und schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskraft die Rede ist. Der damals betonte Anspruch auf gesellschaftliche Gleichberechtigung der Arbeiter wird in der Ansprache des Kaisers nicht weiter erwähnt. In der Erwähnung der Schranken, welche die internationale Konkurrenz der Arbeiterschutzgesetzgebung zieht, wird das Bedürfnis „eines hohen Maßes weiser Besonnenheit“ noch ganz besonders hervorgehoben und die Wechselwirkung zwischen der internationalen Verständigung und der deutschen Arbeiterschutzgesetzgebung scharf betont.

Neu ist der Gedanke, daß die Vertretungen der Arbeiter mit den staatlichen Berg- und Aufsichtsbeamten in Verbindung gesetzt werden sollen. Es scheint also beinahe, als ob man die Fabrikinspektoren zu Vorsitzenden der Arbeitervertretungen bestellen wollte. Es scheint überhaupt an Arbeitervertretungen gedacht zu sein mehr im Interesse der Information der Behörden als der Verständigung zwischen „Arbeitnehmer“ und „Arbeitgeber“.

Nach alledem können wir unseren Eindruck aus der Ansprache nur dahin zusammenfassen, daß man bereits ziemlich viel Wasser in den Wein der ersten kaiserlichen Erlasse gemischt hat, wie dies nach der Haltung der offiziellen Presse gegenüber jenen Erlassen nicht anders zu erwarten war.

Nach der feierlichen Eröffnung ist der Staatsrath wieder bis zum 26. Februar, also um 12 Tage vertagt worden. Es ist hiernach nicht recht einzusehen, warum noch vor den Wahlen das Plenum des Staatsraths überhaupt nach Berlin berufen worden ist, denn die Herren sind doch nur nach Berlin gekommen, um der Eröffnungsfestlichkeit durch Anhören der Rede beizuwohnen und dann wieder abzureisen. Die Ernennung der Referenten hätte auch ohne diese Feierlichkeit erfolgen können.

Die kaiserlichen Erlasse, das Kartell und die Sozialdemokratie.*)

Ueber den Einfluß der kaiserlichen Erlasse auf den Wahlkampf sprach sich Max Schippel vor den Chemnitzer Wählern etwa folgendermaßen aus:

Man sah in den letzten Wochen allgemein einer hervorragenden Kundgebung der Regierung für die Wahlen entgegen und — warum sollten wir das verhehlen — gerade wir Anhänger der Sozialdemokratie hatten uns auf das Schlimmste gefaßt gemacht. Um so angenehmer war unsere Ueberraschung, als unter dem 4. Februar die beiden kaiserlichen Erlasse erschienen, die eine geradezu verblüffende Umwandlung der Regierungspolitik in der Arbeiterschutzfrage — offenbar aus eigenem Antriebe des Kaisers und gegen den Willen des Fürsten Bismarck — verkündeten. Diese Erlasse

bezeichneten die bisher getroffenen sozialreformatorischen Maßnahmen als ihre Aufgabe nicht erfüllend, sie stellten es als weitere Pflicht der Staatsgewalt hin, „die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit zu regeln.“

Die fordernden Arbeiterausschüsse zur Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen der Regierung, sie sprachen sich endlich für eine internationale Regelung des Arbeiterschutzes aus.

Dieses Regierungsprogramm — denn so muß man es trotz oder gerade wegen der fehlenden Gegenzeichnung irgend eines Ministers nennen — kam so unerwartet und war so ungewöhnlich, daß im ersten Augenblicke in bürgerlichen Kreisen die Meinungen weit auseinander gingen, wenn die Erlasse hauptsächlich als Wahlvorparan nicht nützlich wären. Heute sind wohl alle Kundigen einmüthig — wenn freilich auch oft nur im Stillen — der Ueberzeugung, daß nur die Wahlausichten und das Machtbewußtsein der Sozialdemokratie dadurch steigen können, und daß diese ganze kaiserliche Kundgebung — wenn sie auch anders gemeint war — zu einer schweren Schläge gegen die Kartellparteien werden mußte und schon geworden ist.

Auch andere Parteien suchen jetzt freilich die veränderte Sachlage für sich auszubedenken, aber fragen Sie doch einfach die Leute, die aus den kaiserlichen Kundgebungen jetzt Verwirrungen für den kartellbrüderlichen Gimpelzug machen möchten: Wer hat denn derartige Forderungen zuerst mit vollem Ernste erhoben, wer hat sie zuerst verfolgt, als sie noch nicht populär waren wie heute; wer hat die Arbeitermassen für diese Bestrebungen organisiert und in dieser Angelegenheit das politische Gewissen der Nation überhaupt erst aufgerüttelt? Wem verdanken wir es, daß heute kein Staat und kein Staatsmann mehr um die Frage des Arbeiterschutzes herum kann? Der Sozialdemokratie und immer wieder: der Sozialdemokratie. Sie war es, die durch ihre großen Gelehrten zuerst theoretisch die Bedeutung des gesellschaftlichen Arbeiterschutzes erweies; sie war es, die von Anfang an den Arbeiterschutz zum eisernen Bestand ihres Programms zählte; die Sozialdemokratie war es, die lange vor allen Regierungskonferenzen internationale Arbeiterkongresse zu Stande brachte, denen jetzt die Regierungen nachhinken und auf die sich jetzt der Erlaß des deutschen Kaisers beruft.

Wer aber hat jeder Ausbildung des Arbeiterschutzes stets den verfluchten Widerstand geleitet? Wer hat stets die ganze deutsche Industrie und das gesammte deutsche Vaterland als bedroht hingestellt, wenn auch nur die zahllosen Vorschläge zur Abänderung der Gewerbeordnung Gesez würden? Wer hat vollends die große Idee eines internationalen Vorgehens — der die „Pöln. Zig.“ heute mit einem Male einen „blendenden Zauber“ zuerkennt — wer hat diese stets mit giftigem Spott und beleidigendem Hohn überossen? Wer hat vollends den Arbeiterkongress zu Paris — die „internationalen Verhandlungen zwischen den Arbeitern aller Länder“, auf die sich jetzt der kaiserliche Erlaß beruft — noch bis vor wenigen Tagen in blinder Wuth verächtlich und denunziert? Wer hat sein Möglichstes gethan, jeden Arbeiterschutz zu vereiteln? Das Kartell, das Kartell und immer wieder das Kartell, das ganze hierin vereinigte Fabrikanten- und Ausbeutertum mit seinen Anhängeln von Interessenvertretungen, Werkzeugen und Schlepenträgern.

*) Der Verfasser dieses Artikels vermochte die vorige Nummer nicht vollständig zu redigieren, da er sich auf einer Agitationsreise befand. Infolge dessen wurde der Artikel durch falsches Zusammenfügen seiner Abschnitte entstellt. Wir sehen und daher gebungen, hier den Artikel in seiner richtigen Verfassung mitzutheilen.

Will das Kartell das jetzt nicht zugehen, nun, so sind wir in der Lage, seinem beispiellos kurzen Gedächtnis etwas aus unserer eigenen Erinnerung zu Hilfe kommen zu können.

Im Anfang des Jahres 1885 brachte bekanntlich die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages — nachdem sie seit 1867 schon zu wiederholten Malen die Frage angeregt hatte — einen Gesetzentwurf ein zur Weiterentwicklung der erbärmlich rückständigen deutschen Gewerbeordnung. Sofort traten die Unternehmer-Vereine und -Vertretungen auf der ganzen Linie in Aktion — gegen den Arbeiterschutz. Die Handelskammern suchten sofort allen etwaigen Sympathieen für einen gesetzlichen Arbeiterschutz durch Resolutionen und Petitionen einen Dämpfer aufzusetzen. Der Zentralverband deutscher Industrieller — komischer Weise nennt er sich gar noch Zentralverband „zur Förderung und Wahrung nationaler Arbeit!“ — wandte sich mit der ganzen Entrüstung, in die das Kapital durch die Gefährdung seines Geldbeutels versetzt werden kann, gegen diese Bestrebungen, welche „den Interessen der Arbeitgeber und Arbeiter gleichmäßig zum Schaden gereichen.“ Die National-liberalen hatten sich von vornherein mit einer ganz nichts-geseglichen Resolution, die zu gar nichts verpflichtete, begnügt; die liberal-konservative Mehrheit ließ es nicht einmal zur Entscheidung über die Sonntagsfrage kommen, mit welcher allein die Kommission fertig geworden war. Die Stellung des Reichskanzlers bei dieser Debatte ist bekannt. Den Normalarbeitstag — die gesetzliche Regelung der Arbeitsdauer, die jetzt der Kaiser befürwortet — verwarf er, weil er den Lohn verringern würde. Den Ausfall beim Verbot der Sonntagsarbeit könne „die Industrie“ nicht tragen und schließlich auch nicht der Arbeiter. Die geschädigte Industrie stelle vielmehr den Betrieb ein, und eine Menge Leute „müßte sieben Sonntage in der Woche machen.“ Wenn die Arbeiter den Sonntag ihren Vergnügungen gewidmet haben, „dann wird der Montag blau und am Dienstag ist die Arbeitskraft noch geringer.“ „Gar keine Arbeit zu haben, erschüttert zu sein in der Anstalt der Existenz, dem Hunger möglicher Weise gegenübergestellt zu werden, um ein Sonntagsvergügen zu erreichen, dazu, meine Herren, werden die verbündeten Regierungen wenigstens nicht die Hand bieten, ehe sie nicht besser als jetzt informiert sind.“

Sie sehen also, m. H., die später im Kartell vereinigten Parteien, ihr Abgott und die hinter ihnen stehenden Besitzschichten, haben von Anfang an alles gethan die sozialdemokratischen Forderungen, betreffs des Arbeiterschutzes nicht zur Erfüllung gelangen zu lassen.

Genau so feindselig war 1886 ihr Verhalten, als zum ersten Male im deutschen Reichstage — und zwar wiederum seitens der giftig verfolgten Sozialdemokraten — eine Resolution zu Gunsten einer internationalen Verständigung beantragt wurde. Diese Resolution klang auch wie eine Art Erlaß an den Reichskanzler, der von der Volksvertretung ersucht werden sollte,

möglichst bald eine Einladung zu einer Konferenz an alle, hauptsächlich als Produzenten von Industriearbeitern in Betracht kommenden Staaten ergehen zu lassen, um sich über die Grundzüge einer auf gleichen Grundsätzen basirten Arbeiterschutzgesetzgebung zu verständigen, welche für alle theilhaftigen Staaten als Norm festsetzt, daß:

1. die tägliche Arbeitszeit in allen Betrieben höchstens 10 Stunden betrage;
2. die Nacharbeit für alle Betriebe mit Ausnahme solcher, wo durch die Natur des Betriebes dieselbe unumgänglich ist, ausgeschlossen wird;
3. die erwerbsmäßige Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren verbot.

Alles schwebte damals im Reichstage diesen Vorschlag todt, oder protestirte — wie die konservativen Abg. Böhm und Dr. Kropatschek — gegen die Möglichkeit irgend welcher internationalen Vereinbarung. Und heute sollen die Wähler die über Nacht entstandene Begeisterung derselben Leute für den internationalen Arbeiterschutz für waschecht halten? Wie heißt das doch die Urtheilskraft selbst des blindesten Hörs durch unterrichten, daß er mit einem Male die alten Freunde und Vorkämpfer des Arbeiterschutzes schmächtig verlassen und verrathen und sich als Werkzeug der alten Feinde dieser notwendigen Sozialreform gebrauchen und mißbrauchen lassen soll! Nein, wo die Vergangenheit so klar für die Sozialdemokraten und gegen ihre Widersacher spricht, da kann die Wirkung der kaiserlichen Erlasse auch nur eine Verstärkung der Sozialdemokratie sein.

Über lassen wir einmal die Thätigkeit des älteren Reichstages ganz beiseite, halten wir uns nur an die Zeit, während welcher das Kartell, diese Krönung der politischen Versimpelung Deutschlands, unumkehrbar herrschte — wer hat auch da mit der ganzen Wuth der gefährdeten Ausbeutungsfreiheit einen wirklichen und wirksamen Arbeiterschutz bekämpft?

Als im Jahre 1887 die Arbeiterkammertrüge wiederum im Reichstage auftraten, erschien sofort der Zentralverband deutscher Industrieller wieder auf dem Plan, die mächtigste Interessenvertretung des industriellen Großkapitals in Deutschland, vor der die Kartellmajorität des Reichstages in Demuth erstirbt. Dieser Zentralverband wandte sich damals in einer unterdeß berüchtigten gewordenen Denkschrift gegen alle Reformbestrebungen, die jetzt selbst vom Kaiser als nöthig erklärt werden. Wir haben aus diesem „Monument für unserer Zeiten Schande“ nur folgende jetzt doppelt interessante Stellen hervor:

Wir verweisen darauf, daß bisher noch nicht der Versuch gemacht worden ist, den Nachweis zu führen, daß die gegenwärtige Gesetzgebung in der vorliegenden Sache unzureichend sei, oder gar schädlich wirke. . . .

Es erscheint doch vernünftiger, die Kinder angemessene Arbeiten verrichten und verdienen zu lassen, als sie dem Müßiggang und der Verwilderung an preiszugeben. (Welche Fürsorge für das Wohl der Arbeiterkinder!) Wir wollen nicht Vermuthungen darüber aussprechen, was sich wohl der Sozialdemokrat Darm gedacht haben mag, als er im Reichstag verlangte, daß Kinder, richtiger wohl junge Leute, bis zum 16. Lebensjahre nicht beschäftigt werden sollten. . . . Eines der hauptsächlichsten Bedenken gegen weitere Einschränkung der Kinderarbeit ist von jeher und auch jetzt die Rücksichtnahme auf die Eltern! . . . Ein Gesetz, welches die Arbeit der Kinder im schulpflichtigen Alter ganz verbietet, würde Sorge und Noth vieler Arbeiterfamilien verlängern und die Lebenshaltung verschlechtern. Unter diesen Verhältnissen würden auch die geschädigten Kinder leiden, in ihrer körperlichen Entwicklung durch ungenügende Nahrung mehr, als durch die Fabrikarbeit. Der Einwand, daß in Folge des Ausschlusses der Kinderarbeit der Lohn der Erwachsenen entsprechend steigen werde, ist nicht stichhaltig. . . . Aus allen diesen Gründen sind wir zu der festen Ansicht gelangt, daß die gegenwärtige Gesetzgebung auch in Bezug auf die Arbeit der Kinder in Fabriken, allen berechtigten Anforderungen der Humanität genügt und in Bezug auf die Interessen der Industrie und auf die Wohlfahrt der Arbeiterbevölkerung die Grenze bildet, welche nicht überschritten werden darf.

Aus allen diesen Gründen erklärt sich der Zentralverband gegen jede gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit erwachsener Männer.

Also nichts, gar nichts für die Arbeiter! Nichts, gar nichts für den Arbeiterschutz! Das Kapital muß unbedingt weiter uneingeschränkt das Recht behalten, die billige Kinderarbeit von frühestem

Alter an, die billige Weiberarbeit ohne Rücksicht auf Gesundheit und Sittlichkeit, die Manneskraft auf unbeschränkte Zeit ausbeuten zu können. Jede Einschränkung der alten Freiheit des Kapitals bedeutet eine Schwächung des alleinigmachenden Profits — also fort mit jedem Arbeiterschutz!

In einem (durch die Reichstags-Kommissionsbeschlüsse angeregten) Nachtrag zu seiner Denkschrift wiederholt der Zentralverband seine feindseligen Grundgedanken gegen die Arbeiterwünsche, wozüglich in noch schärferer Form. Es heißt da z. B.:

Der Beginn der Kinderarbeit in Fabriken in möglichst frühem Alter entspricht in der Hauptsache dem Bedürfnisse der Arbeiter (!) selbst, welche ihre Kinder zum Verdienste mit heranziehen wollen. . . . Wir erachten die bestehende Gesetzgebung für ausreichend und halten eine weitere Einschränkung der Kinderarbeit, als einen empfindlichen Eingriff in das Erwerbseben der Arbeiter (!) für bedenklich.

Der Zentralverband ist einverstanden (wie gnädig von so hohen Herren) damit, daß Wöchnerinnen während 4 Wochen nach der Niederkunft nicht beschäftigt werden dürfen. Für die Fabriken ist diese Bestimmung ohne praktische Tragweite; dem Wunsche der Arbeiter dürfte sie nicht entsprechen (!)

Die Bestimmung, daß Arbeiterinnen, welche ein Hauswesen zu befragen haben, in Fabriken nicht länger als 10 Stunden täglich beschäftigt werden dürfen, ist unannehmbar. . . . Hierin (weil Arbeiterinnen ohne Hauswesen nach der Reichstagskommission ungeschützt bleiben sollten) ist eine Förderung des unerlaubten Zusammenlebens, also der Unsitlichkeit zu erblicken.

Noch erbärmlicher fast — wenn das möglich ist — war die Haltung der Lüdenscheider Handelskammer. Die Reichstagskommission hatte für Arbeiterinnen und Kinder die spottgeringe Aenderung vorgeschlagen, daß dieselben an Sonnabenden und Vorabenden von Festtagen Nachmittags nach 6 Uhr nicht mehr beschäftigt werden dürfen. In widerwärtiger sittlicher Heuchelei wendet sich die Handelskammer selbst gegen diese Bestimmung. Für die Frauen sei ein so frühes Entlassen wohl gerechtfertigt, die Kinder und die übrigen Arbeiterinnen würden schwerlich nach Hause gehen, sondern sich auf den Straßen zum Schaden ihrer Moral herumtreiben. Diese Sorge um die Moral wird in ein karteres Licht gestellt durch die zugleich ausgesprochene Ansicht, daß die Industrie dann gewonnen sein würde, auch eine große Zahl männlicher Arbeiter schon um 6 Uhr zu entlassen. Aber auch diese Befürchtung wird nicht im Interesse des Geldsacks geltend gemacht, behauptet — nur deshalb, weil dann der „Gang ins Wirthshaus das Gewöhnliche sein würde!“ Also auch nicht, „gar nichts für den Arbeiterschutz!“ Und dabei diese erbärmliche Heuchelei, welche die Sorge für den Arbeiter und seine Moral immer wie eine spanische Wand vorschleibt, um die eigene nackte Geldgier dahinter zu verbergen.

Aber gehen wir weiter! Genau so wie der vom Bourgeois-größenwahn befallene Zentralverband argumentirte die „Nordd. Allg. Ztg.“, das Ranzlerblatt. Sie machte sich die hohlen, mandelsteinartigen Einwände des Fürsten Bismarck ganz zu eigen und bezeicherte selbst die Regelung der Sonntagsarbeit im Sinne der Kommissionsvorschläge als „praktisch undurchführbar“, höchstens die Verwaltungspraxis der Lokalbehörden könne die Sonntagsruhe gegenüber der Sonntagsarbeit erweitern, falls das Beispiel der guten Sitte (!) sich nicht zu diesem Zweck genügend wirksam erweisen sollte.“ (Jan. 1888). In einer an leitender Stelle (18. Mai 1887) wiedergegebenen langen Zuschrift meinte sie sogar, die Durchführung der Kommissionsbeschlüsse werde „statt des beabsichtigten Schutzes ganz außerordentliche Noth, ganz außerordentliches Elend im Gefolge haben.“ Man müsse „dem Arbeiterstand dasjenige Quantum von Arbeit erhalten“, das in dem nationalen Wirtschaftsgebiete für ihn vorhanden ist. Nun, m. H., dieses „Quantum Arbeit“ bleibt so oder so — mit oder ohne Arbeiterschutz — erhalten; aber unter dem Arbeiterschutz braucht man zu seiner Verrichtung mehr Arbeitskräfte infolge der Einschränkung der zulässigen Arbeitszeit für jeden Einzelnen — theurer Arbeitskräfte infolge des Verbots der Kinderarbeit; der Kapitalist muß also für das gleiche Quantum Arbeit mehr zahlen; nicht das „Quantum Arbeit“ für die Arbeiterklasse geht zurück, sondern das Quantum Profit für das Kapital und das genügt dem Kapital und seinen Wortführern allerdings, ein erbitterter Feind jedes Arbeiterschutzes zu sein.

Doch hören wir noch weitere Bestimmen, und zwar aus neuerer Zeit und allesamt aus dem Kartellbrüderlichen Lager. In den „Verl. Polit. Nachr.“ einer offiziellen Korrespondenz, aus welcher die ganze Provinzpresse des Kartells ihre höheren Offenbarungen bezieht, schrieb Herr Schweinburg noch im Dezember 1888 folgendes gegen das „fortgesetzte Drängen nach erweitertem Arbeiterschutz“ — mit welchen Gefühlen wird er es heute lesen, wo man auch von höchsten „fortgesetzt drängt“:

Die giftigen Wurzel dieses Strebens werden freilich verdeckt durch die Fülle angeblich humanitärer Zwecke. . . .

Diese praktische Beurtheilung aber muß zu der Ueberzeugung führen, daß die hochgedachten humanitären Ziele, von denen heute die nach so wesentlich erweitertem Arbeiterschutz strebenden Elemente des Reichstages gelebend werden — andere Motive wollen wir diesem Streben zunächst nicht unterlegen — am wenigsten erreicht werden können durch Beschränkung und Einengung des Erwerbes der Arbeiter.

Giftige Wurzel dieses Strebens — angeblich humanitäre Zwecke — eitel Verstand — man sieht, Herr Schweinburg konnte noch vor Jahresfrist die Worte kaum stark genug wählen, um den Arbeiterschutz in Grund und Boden hinein zu verurtheilen.

Und die biedere „Köln. Ztg.“, das nationalliberale Weltblatt, gerieth noch vor wenigen Monaten außer sich über die Rührer und Reichsfeinde, die es nicht Wort haben wollten, „daß die Zustände bei uns nicht nur besser sind als irgendwo, sondern daß sie in der Hauptsache überhaupt gut sind.“ Man müsse die Fabrikinspektorenberichte entstellen, „wenn man sie zu einer Handhabe für die Aenderung der Grundzüge unserer bestehenden Gewerbegesetzgebung brauchbar machen will.“ Mit welchem Schmerze muß heute die Kölnische Weltersahn lesen, daß trotz aller Sozialreform die Zustände noch nicht gut seien und daß man nun doch an den verhassten Arbeiterschutz herantreten müsse. Wie hat gerade die „Köln. Ztg.“ die Arbeiterauschüsse bekämpft, deren Einführung jetzt in den kaiserlichen Erlassen befürwortet wird. Eine derartige Institution untergrade die „Autorität“ der Unternehmer. Sie „bedeutet etwas völlig Neues, in den letzten Zielen die Einführung einer konstitutionellen Verfassung in die Fabriken und Gewerbe.“ Deshalb muß ein solcher Anspruch zurückgewiesen werden.

Welche vergifteten Pfeile hat ferner nicht das ganze Kartell-gefinde gegen die Forderung eines internationalen Vorgehens gerichtet, als seinerzeit der Pariser Kongreß die Einmüthigkeit der Arbeiter aller Länder in dieser Frage bekundete! Wer hat hauptsächlich das Zustandekommen der von der Schweiz schon im Vorjahre geplanten internationalen Konferenz vereitelt? Die Deutsche Regierung.

Wer hat dieses Verhalten beschönigt und gebilligt? Die Kartellpresse und die großkapitalistischen Interessentinnen. Die freikonservative „Post“ führte noch am 17. Juli 1889 ausdrücklich gegen die internationale Regelung aus, daß die Arbeiterschutzfrage „völlig auf dem Gebiete der inneren Staatsgesetzgebung liege.“ Heute lesen wir in der kaiserlichen Rundgebung, daß „nur durch

internationale Verständigung“ ein wirklicher Arbeiterschutz möglich sei. — Die Zeitschrift „Stahl und Eisen“, das Organ der deutschen Hütten- und Eisenkönige, nahm die Einladung der Schweiz mit vollstem Hohn an, der hoffentlich nun auch dem geplanten deutschen Vorgehen gegenüber Stand halten wird. Damals schrieb das Blatt — und die „Nordd. Allg. Ztg.“ druckte es unterthänigst nach:

Wenn international festgestellt werden soll, daß internationale Abmachungen über Arbeiterschutz praktisch unannehmbar sind, daß diese Unannehmbarkeit an jedem Ende der Frage hervorleuchtet, dann ist jedenfalls erwünscht, bei dieser Feststellung theilhaftig zu sein; wäre es auch nur, um bei erneuten Verhandlungen über Erweiterung der deutschen Arbeiterschutzbestimmungen sich darauf berufen zu können, daß der bei solchen Gelegenheiten stets im Hintergrunde auftauchende Vorschlag internationaler Vereinbarung ein Schlagwort ist.

Also Beschickung des Kongresses in der Hoffnung, er werde scheitern, um die erwiesene „Unmöglichkeit“ internationaler Verständigung alsdann weiter zu benutzen, jede Ausdehnung der deutschen Arbeiterschutzgesetz abzuweisen! Das bildete damals die Parole dieser Geistes der Nation, soweit sie nicht überhaupt nichts mit der Schweiz zu thun haben wollten.

Und diese selben Leute und diese selben Wähler wollen es jetzt wagen, die Wähler damit zu fangen, daß sie sich ihrer Arbeiterschutzbestrebungen rühmen? Sie sollten im Stande sein, dem Volke die Erfüllung dessen zu bringen, was sie — als sie noch frei von der Leber weg reden durften — in schmählicher Weise verunglimpft und mit Füßen getreten haben? Die schlimmsten Böcke von gestern sollten mit einem Male die besten Gärtner von heute geworden sein? Nein, m. H., glauben Sie doch das nicht! Beurtheilen Sie diese Kartellbrüder einfach nach ihrer Vergangenheit, beurtheilen Sie die kämpfende und ringende Sozialdemokratie nach ihrer Vergangenheit und dann, m. H., dann entscheiden Sie; für das Kartell oder für die Sozialdemokratie!

Und wenn Ihnen die Vergangenheit der deutschen Großbourgeoisie noch nicht genügt, nun, dann beobachten Sie die stille Minorität, die heute schon trotz aller unterthänigen Begeisterungsheuchelei im Karriellager gegen die Forderungen des Kaisers begonnen hat. Dätten wir heute noch einen sterbenskranken Monarchen an der Spitze, so wären zweifellos in Deutschland schon die Entrüstungsstürme angebrochen, wie in der Battenberg-Bismarck-Affäre; so muß man sich wohl oder übel mit stillerem Widerstande behelfen. Aber dieser Widerstand ist da — wie könnten die Leute denn auch auf einmal ihren bisherigen Standpunkt und ihre Interessen verleugnen! — und dieser stille Widerstand wird sich zweifellos wie ein Meigewicht an die kaiserlichen Bestrebungen hängen und alle wirklich in Erfolge des neuen Programms zu verhindern suchen, wenn man zum Schein auch ein gewisses Entgegenkommen zeigen wird. Begrüße doch die Berliner Börse die kaiserlichen Erlasse mit einer — Baiffe.

Heute schon sind die Kartellblätter eifrigst an der Arbeit, die Wirkung der kaiserlichen Rundgebungen abzuschwächen.

Die freikonservative „Post“ steht in den Arbeiterauschnitten „eine ernste Gefahr“, da sie leicht zu einer „Organisation der Sozialdemokratie“ werden könnten, durch Arbeiterschutzgesetz könne „unabsehlich selbst Schaden verursacht werden.“ Am 8. Februar tritt dieselbe freikonservative „Post“ die „großen Schwierigkeiten und Gefahren breit, die auf dem empfohlenen Wege lauern, und sie kann nicht umhin, „dem hohen Schwung der Seele, der Vorurtheilslosigkeit und Humanität, von denen jener Alt Zeugniss ablegt“, ihren „tiefen Ernst“ entgegenzusetzen.

Die nationalliberale „Köln. Ztg.“ variirt mit etwas mehr Schwung dasselbe Jammerlied des Kapitals. Sie schreibt: Der warmblütige Idealist und der schwärmerisch angelegte Menschenfreund wird sich willig dem blendenden Zauber eines großen reformatorischen Gedankens gefangen geben. . . .

Vor dem geistigen Auge des nüchternen Praktikers aber werden sich daneben auch die tausendfachen Schwierigkeiten emporhürten. . . . Die deutsche Industrie ist schon jetzt mit einem recht gewichtigen sozialpolitischen Gepäck belastet, und jeder, der nicht die Gewohnheit hat, auf Kosten anderer den Hochherzigen zu spielen, wird sehr vorsichtig und bedächtig an die Erwägung der Frage herantreten, wie eine weitere Verbesserung des Loses der Arbeiter zu erzielen sei.

Wir wissen nicht, ob die „Köln. Ztg.“ auch den deutschen Kaiser zu denjenigen rechnet, welche „auf Kosten anderer den Hochherzigen spielen“ möchten, aber jedenfalls drückt hier schon ganz offen die Absicht durch, zu bremsen und zu hemmen. Schreibt das Blatt doch auch ganz offen an anderer Stelle:

Die Schwierigkeiten der Angelegenheit bürden der deutschen Industrie, welche bereits so viele Opfer gebracht, so schwere Lasten auf ihre Schultern genommen hat, dafür, daß die Sozialpolitik aus ihrem bedächtigen und sichern Gange nicht zum Sturmschritt übergeben wird. Wir betonen nachdrücklich, daß nicht im Freudenrausch, sondern nur durch bedächtige Arbeit etwas Brauchbares und Dauerndes geschaffen werden kann, weil wir die Erregung unerfüllbarer Hoffnungen für bedenklich halten; wir halten diese nächste Stellungnahme gerade gegenüber den überschwenglichen Jubelhymnen einzelner Blätter für geboten.

Wenn man schon vor den Wahlen derart abwinke, was wird erst nach den Wahlen noch von diesen Leuten als erfüllbar und für die Industrie erträglich bezeichnet werden. — Spricht doch die „Köln. Ztg.“ jetzt schon von „hochfliegenden Hoffnungen, denen Enttäuschungen folgen müssen.“ Gewiß, Enttäuschungen bitterster Art für die Arbeiter, wenn die Kartellabgeordneten erst in den Reichstag eingezogen sind.

Die „Hamburger Börsehalle“ winkt jetzt schon mit dem Jauchepfeil nach oben, daß man nur ja nicht die Interessen der Arbeitgeber zu ignoriren sich unterstehe:

„Zu einem Jubel, als ob nun eine bessere Zeit hereinbrechen müsse, ist noch keine Veranlassung. Den Interessen der Arbeiter stehen die der Arbeitgeber gegenüber.“

Das meinen wir auch und da sollten die Arbeiter gar noch die Hand bieten zur Wahl der ihren Interessen „gegenüberstehenden“ Unternehmervetreter! Es ist kein schönes, aber doch ein wahres Wort: Nur die allgeröhten Käber, wählen ihre Wegger selber! Und darum, wenn das deutsche Volk schon von vornherein das Kartell als seinen Todfeind betrachtet — der Umstand, daß nunmehr der gesetzliche Arbeiterschutz praktisch in Angriff genommen werden soll, der macht es doppelt und dreifach zur Pflicht, nicht eine Stimme für die Todfeinde eines wirklichen Arbeiterschutzes, nicht eine Stimme für irgendwelchen Kartellbrüder abzugeben, sondern Mann für Mann auf diesem Gebiete erstrebt, welche allein die Interessen der Arbeit vertritt und zur Geltung bringen kann: für die Sozialdemokratie.

Die Nationalzeitung“ forderte neulich die Arbeiter den Freisinnigen gegenüber auf, sich an die bisherigen Handlungen der Parteien zu halten, um nicht irregeführt zu werden. Nun, wir haben die Handlungen der Kartellparteien auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes geschildert und die Handlungen der Sozialdemokratie sind Ihnen bekannt. Wählen Sie jetzt darnach und wenn früher der Sieg der Sozialdemokratie in diesem Kreise unsicher schien, so muß er sich nach den kaiserlichen Erlassen unbedingt auf die Seite der Sozialdemokratie senken.

Wie Kartellblätter in der Arbeiterschutfrage bereits bremsen.

Die Opposition gegen die Ausführung des Arbeiterschutzes versucht die nationalliberale „Kölnische Zeitung“ in der Weise zu organisieren, daß sie die internationalen Konferenzen als ein Mittel hinstellt, die Sache in die Länge zu ziehen und abzuschwächen. So schreibt das nationalliberale Blatt: „Es ist der Grundgedanke der kaiserlichen Erlasse, daß man den Arbeitern einen schlimmen Dienst erweisen würde, wenn man die Lebensfähigkeit der deutschen Industrie, ihre Stellung im internationalen Kampf ums Dasein durch eine einseitige sozialpolitische Ueberlastung schwächen wollte. Eben deshalb soll der Versuch gemacht werden, der nationalen Arbeit durch internationale Abmachungen eine Deckung zu geben und so die Bahn für den Arbeiterschutz freizumachen. Während die Regierung diesen langen und mühsamen Weg beschreitet, werden die berufenen Vertreter der Industrie hinlänglich Gelegenheit haben, ihre Stimme zu erheben, in Presse und Parlament ihre Anschauungen und Erfahrungen geltend zu machen, ihre **Besorgnisse** auszusprechen.“

Die „Köln. Ztg.“ stellt den Beratungen des Staatsrates folgende Aufgabe: „Vor allem hat die deutsche Industrie (d. h. der Kapitalist), deren Lebensinteressen, deren Fähigkeit zum erfolgreichen Wettbewerb auf dem Weltmarkt hier auf dem Spiele stehen, das Recht, durch den Mund ihrer berufenen Vertreter ihre Anschauungen, ihre **Besorgnisse** auszusprechen. Was würde dem deutschen Arbeiter die herrlichste Sozialreform nützen, wenn die deutsche Industrie unter ihrer Last zusammenbräche und die deutsche Arbeiterwelt unter ihren Trümmern begrübe?“

Die „Köln. Ztg.“ schreibt unter dem 15. Februar: „Vielmehr verleiht man der Empfindung Ausdruck, daß eine gewisse Einschränkung des Arbeitsprogramms, auch die Wahl der Referenten Miquel und Jende jenen Bedenken und Besorgnissen Rechnung trage, welche in der Presse mit bürgerlichem Freimuth (!) geäußert worden sind. . . Wir befürchten, daß unsere Arbeiter an jene Erlasse zu weitgehende Hoffnungen knüpfen, die wieder Quellen neuer Unzufriedenheit werden dürften, wenn sie nicht in Erfüllung gehen. . . Ueberspannte Hoffnungen, die schon heute gerade in Arbeiterkreisen häufig gehegt werden, die nicht eigentlich zur Sozialdemokratie gehören, sollten daher früh genug berichtigt werden.“

In den Weisungen der kaiserlichen Erlasse bemüht sich eine hochoffizielle Korrespondenz aus Berlin in den nationalliberal-offiziösen „Hamburger Nachrichten“ wiederum Wasser zu gießen. Die Korrespondenz wird in dem Blatt als „von besonderer Seite kommend“ eingeführt. Aus den Ausführungen ersehen wir, daß die internationale Vereinbarung Vorbedingung für die Inangriffnahme der Arbeiterschutzesetzgebung sein soll. Es heißt in dem Artikel: „Entweder wird der mit der Konferenz verfolgte Zweck erreicht und dann wird die Arbeiterschutzesetzgebung im Sinne des Kaisers ohne Schädigung der Industrie möglich sein, oder die Konferenz scheitert, dann wird die Aktion überhaupt **unterbleiben**. Ein Ebec der kaiserlichen Politik wäre im letzteren Falle überall nicht vorhanden, weil der Erlaß an die preussischen Minister, welcher von den diesseits zu ergreifenden staatlichen Maßregeln sprach, ausdrücklich hervorhob, daß die Feststellung gleichmäßiger internationaler Grenzen für die Anforderungen, die an die Arbeiter gestellt werden dürften, die Hauptschwierigkeit bilde, die sich der Ordnung der Arbeiterverhältnisse in dem vom Kaiser beabsichtigten Sinne entgegenstellen, und daß er deshalb die Konferenz berufen lassen wolle. Gelingt die Behebung der Schwierigkeiten durch die Konferenz nicht, so ist eben eine Hauptbedingung der preussischen Aktion nicht erfüllt und letztere kann je nach Lage der Dinge **vertagt, aufgegeben oder beschränkt** werden.“ Der Artikel schließt, wie folgt: „Man kann nicht verlangen, daß die Arbeitgeber mit diktatorischer Begeisterung eine Gesetzgebung begrüßen sollen, deren Lasten sie in erster Linie zu tragen haben werden. . . Im Uebrigen weiß Niemand besser als die Industrie selbst, wie weit die Regierung davon entfernt ist, ihr Lasten aufzuwerfen, welche sie dem Auslande gegenüber ernstlich schädigen könnten. Das wird niemals geschehen.“

Daß die Rede des Kaisers im Staatsrathe eine Einschränkung des ursprünglich in den kaiserlichen Erlassen enthaltenen Programms bedeutet, wird von den „Hamburger Nachrichten“ zugestanden. Das Blatt meint, mit der Rede des Kaisers sei die „Beschränkung“ widerlegt, „daß der Monarch den Impulsen seiner Hochherzigkeit auf die Gestaltung der von ihm eingeleiteten Aktion einen stärkeren Einfluß gewähren werde, als den nächstern sachlichen Erwägungen, welche bei der Verwirklichung großer und schöner Projekte sich stets zu ergeben pflegen.“

Der „Berliner Börsen-Courier“ äußert: „Was in der Ansprache des Kaisers an den Staatsrat auf das Wohlthun und die Berührung, ist namentlich der Hinweis auf die Nothwendigkeit weisen Maßhaltens.“

Die freikonservative „Post“ meint, der Staat der landwirtschaftlichen Arbeiter werde den Staatsrat nicht beschäftigen. Es erhelle dies schon daraus, daß die landwirtschaftliche Abtheilung des Staatsrates nicht zur Theilnahme an den Beratungen bestimmt ist; auch von dem Handwerke scheint keine Rede zu sein. Die

„Post“ knüpft hieran gleichzeitig die Besorgniß, „daß namentlich die Landwirtschaft schweren Schäden ausgesetzt sein kann, wenn unter den ländlichen Arbeitern der Zug nach den Städten und Industrie-Mittelpunkten durch den Glauben noch mehr gefördert wird, daß für die Industriearbeiter mehr und freieigentlicher durch den Staat gefordert werden solle, als für sie.“ Es könnte leicht die Befürchtung zur Wahrheit werden, „daß statt der von Sr. Maj. dem Kaiser erstrebten Förderung eine Schädigung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter herbeigeführt wird.“ — Man kann an diesen Aeußerungen des freikonservativen Blattes ungefähr ermessen, welche Ergebnisse die Beratungen des Staatsrates haben werden.

Das ganze Mißbehagen der konservativen Grundherren über die kaiserlichen Erlasse kommt in der von dem Abg. v. Hellhoff, Mitglied des Staatsrates geleiteten „Konservativen Korrespondenz“ zum Ausdruck. Es heißt in diesem Artikel, daß das „ganze Verhalten der Arbeiterbewegung gegenüber Juge von einer nicht unbedenklichen Einseitigkeit an sich trägt. . . Millionen von Arbeitern, die sich in ihren heutigen Verhältnissen durchaus zufrieden fühlen, erfahren erst aus unseren feierlichen Versprechungen und öffentlichen Kundgebungen, daß sie Grund haben, unzufrieden zu sein und — so wird die weitere Entwicklung vielfach laufen — den Parteien, die sich bei ihnen als die berufenen Rathgeber für eine solche Lage einführen, ihr Ohr zu leihen. Diese Dinge werden in Betracht gezogen werden müssen; sie werden die gebotenen Reformen nicht verhindern, aber auf Tempo und Charakter der weiteren Schritte einen bestimmenden Einfluß ausüben, und auf diesem wie auch auf anderen Gebieten wird, wie wir hoffen, bald die Erkenntniß unter allen Vorkörpern der positiven Parteien Gemeingut sein, daß die Arbeiterfrage Aufgaben stellt, die eine **umsichtige, besonnene Behandlung** verlangen, bei denen aber nicht mit einigen Schlagwörtern unter Hurrah eine Position nach der anderen im Sturm lauf genommen werden kann.“

Die Arbeitgeber aller Erwerbszweige, so polemisiert die „Konservative Korrespondenz“ weiter, werden jetzt, wo ihnen das *tas res agit* (es handelt sich um keine Angelegenheiten) eindringlich zum Bewußtsein gebracht ist, ohne Zweifel die ihrem Einfluß unterstehende Presse nöthigen, die Arbeiterfragen nicht mehr als ein Gebiet zu betrachten, auf dem besinnungslos jede beliebige volltönende Phrase losgebrannt werden kann, und namentlich **ruhige sachliche** Einwendungen nicht als einen Frevl an einem großen Prinzip oder als einen geeigneten Anknüpfungspunkt, wo sich etwas für die Partiepolemik herauszuschlagen läßt, zu behandeln.

Gegen die Arbeiterausschüsse spricht sich die „Konservative Korrespondenz“, das Parteiorgan der Konservativen, bei den Erörterungen über die kaiserlichen Erlasse aus, indem sie es für ungerechtfertigt erklärt, „den Gedanken des Arbeiterausschusses, und was sonst zunächst nur als Skizze dastehet, als einen fertigen, in seinem Inhalt und seinen Grenzen klar dastehenden Begriff zu behandeln.“ Die „Konservative Korrespondenz“ fügt hinzu das normale Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter sei das patriarchalische mit ungebrochener Autorität des ersteren.

Die französische Presse und die kaiserlichen Erlasse.

Die französische Presse kommentirt mit großem Interesse die neuesten kaiserlichen Erlasse.

In der Hauptsache stimmen die Organe der verschiedenen Richtung darin überein, daß diese Erlasse ein bedeutender moralischer Sieg der deutschen Sozialdemokratie sind, und daß sie lediglich von der Furcht vor deren Erfolgen inspirirt worden.

Allerdings gelten die Erlasse vor der Hand noch als bloßes Wahlmanöver, aber daß die Regierung gerade zu einem solchen unter dieser und keiner anderen Form ihre Zuflucht genommen, daß sie es für nöthig findet, die Sozialdemokratie mit ihren eigenen Waffen zu bekämpfen, wird als hochcharakteristisch hervorgehoben und als ein verschämtes Eingeständniß der Macht der sozialistischen Arbeiterbewegung aufgefaßt.

Die gesammte bis jetzt von der Regierung in Sachen des Arbeiterschutzes und der Arbeiterbewegung gegenüber beobachtete Haltung, welche sich im schroffsten Widerspruch mit den Erlässen befindet, dient als Beweis für die Beweggründe, unter denen diese entstanden.

Uebrigens bezweifeln die meisten französischen Blätter sehr stark, ob das Wahlmanöver den erwarteten Erfolg haben werde. Der „Temps“ meint z. B., die westfälischen Kohlengräber verständen recht gut, daß ohne die Dazwischkunft der „räudigen Schwärze“ der Sozialdemokratie nicht so viel Butter auf das schwarze Brot gestrichen würde, wie es jetzt in den Erlässen geschehe. Kurz die Arbeiter seien sich klar darüber, daß eine Aenderung in den begünstigten Verhältnissen nur dem Ausreten der Sozialdemokratie zu verdanken sei, und würden deshalb ethischer Konzessionen halber dieser nicht fahnenflüchtig werden. Die kaiserlichen Erlasse müßten im Gegentheil die Sozialdemokratie ermuthigen und die Zahl der für ihre Kandidaten abgegebenen Stimmen vergrößern. Auch die der sozialistischen Bewegung bis jetzt fernstehenden Arbeiter müßten sich sagen, daß das

Mehr oder Weniger von der Verwirklichung des gezeichneten Programms von dem Nachdrucke abhängt, den die Arbeiterbewegung, unter anderem auch gerade durch die Zahl der auf die sozialistischen Kandidaten entfallenen Stimmen, auf die Bewegung ausübt. Die gesammte deutsche Arbeiterschaft habe also mehr als je ein nächstliegendes Interesse, für die Sozialdemokratie zu stimmen.

Was die angeregte Frage einer internationalen Arbeiterschutzesetzgebung anbetrifft, so gibt dieselbe natürlich den kapitalistischen Blättern Gelegenheit, den ganzen manchesterlichen Quark breitzutreten, von der Freiheit der Arbeit und der Unmöglichkeit, die Arbeitsbedingungen in Anbetracht der verschiedenen Klimate, Lebensgewohnheiten, Entwicklungsstufen u. international zu regeln.

Natürlich läßt man es auch hier und da nicht an den üblichen Beweishandlungen des gekrönten Sozialpolitikers fehlen.

Regierung und Presse in Deutschland.

Ein geschichtlicher Rückblick.

II.

v. n. Die „gebührende ernste Strafe“ gegen die Presse, welche den neuen „auführerischen“ bürgerlichen Zeitgeist vertrat, sollte in ihrer Formulirung nicht lange auf sich warten lassen.

Zehn Jahre später, im Jahre 1577 erschien der „Römischen Kaiserlichen Majestät reformirte und geordnete Polizeiordnung“. Natürlich konnte sie nicht an dem Schmerzensstunde der Zeit, der Flugschriftenliteratur, acht- und lieblos vorübergehen. Sie verfügte: „Es sollen nicht nur Verkäufer und Theilhaber, sondern auch Käufer und andere, bei denen solche Bücher, Schmähschriften, Gemälde oder Pasquille, sie seien geschrieben, gemalt oder gedruckt, gefunden werden, gefänglich eingezogen oder, wo es nothwendig erscheint, peinlich befragt werden, von wo ihnen solche Bücher, Gemälde oder Schriften herkommen. Es soll auch der Autor oder ein anderer, von dem der Gesangene solche Schriften, Gemälde oder Bücher bekommen, falls er unter derselben Obrigkeit lebt, gefänglich eingezogen werden. Ist er aber unter einer anderen Herrschaft wohnhaft, dann soll derselbe durch die Obrigkeit, welche den ersten Theil- oder Inhaber solcher Schriften betroffen, angezeigt und so lange demgemäß nachgefragt und nachgegangen werden, bis der rechte Autor gefunden, der alsdann samt denjenigen, welche es umhergetragen, feilgehobt oder sonst vertheilt haben, nach Recht und je nach Gelegenheit und Gestalt der Sachen, um anderen, zum abschreckenden Exempel zu dienen, mit besonderem Ernst bestraft werden soll.“

Wir sehen, in Sachen der Originalität sind unsere modernen Regierungen nicht sehr schöpferischer Natur. Sie kopiren das Alte, machen eine neue Paragrapheneintheilung, nehmen einige Ausdrücke aus dem modernen Sprachschatz hinzu, und das Ausnahmegesetz gegen die Presse, welche die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter vertritt, ist fertig. Dieselben Maßregelungen, dieselben Unterdrückungen, derselbe Kampf gegen die Schriftsteller, dieselbe Art und Weise in dem Vorgehen gegen die mißliebige Sprache der Presse in den Zeiten, in welchen das Bürgertum nach Gleichberechtigung strebt, wie in denen, in welchen die Arbeiterklasse nach Emanzipation ringt! Die Reaktion führt zu allen Zeiten dieselbe Sprache, ist von demselben Geiste befeuert und kämpft mit denselben Kniffen, ob im sechszehnten oder neunzehnten Jahrhundert.

Höchst interessant ist es, daß das Urtheil des Reichsgerichtes, monach auch der Käufer einer verbotenen Schrift strafbar ist, in der „Römischen Kaiserlichen Majestät“ reformirten und verbesserten Polizeiordnung“ vom Jahre 1577 sein erhabenes Vorbild hat.

Das siebzehnte Jahrhundert bildet eine große Lücke in der Prißengeschichte des deutschen Reiches. Aber der Grund hierfür lag nicht etwa in einer plötzlich eingetretenen Liberalität der Regierungen, sondern in den Wirren, welche der dreißigjährige Krieg in Deutschland erzeugt hatte. Das Volk befand sich durch die mißlichen sozialen Verhältnisse, welche durch den Verfall der feudalen Gesellschaftsordnung eingetreten waren, und durch die steten Kriege in einem solchen sozialen Niedergange, daß es weder Verständnis noch Gehör hatte für geistige Interessen. Die kaiserliche Majestät konnte also ruhig die Streitart bei Seite legen; die Sorge um die „guthertzigen Leut“ brauchte ihr nicht den Schlaf zu rauben, der „gemeine Mann“ nagte am Hungertuche und degenerirte körperlich und geistig. Da konnte Simplizissimus seinem, gegen das Pfaffenhum gerichteten Wilschmerz eine berechte Sprache leihen, konnte Philander von Sittenwald „hochverrätherische“ Gesichte von einem künftigen deutschen Reich haben, sie wurden nicht zu den „falschen üppigen Dichtern“ von den Obrigkeiten des „Römischen Reiches teutscher Nation“ gerechnet, — denn ihre Worte verflangen, ohne ein Echo im niedergedrückten Volke zu finden.

Aber nachdem die bürgerliche Gestaltung der Kirche mit einem endgültigen Siege abgeschlossen, die neuen sozialen Ordnungen sich eingelebt und einige Blüthen zu entfalten begonnen hatten, erwachte ein neuer Geist allerdings nur in dem sozial gehobenen Theile des Bürgertums. Dieses hatte aus der neuen Gesellschaftsordnung soziale Kraft gezogen und suchte durch den Hebel der politischen Gewalt alle Hindernisse für die völlig freie Entwicklung der bürgerlichen Produktion aus dem Wege zu räumen.

Demgemäß beginnt im achtzehnten Jahrhundert der Kampf zwischen Regierung und Presse in eine neue Phase zu treten. Nicht mehr um die Gestaltung der Kirche oder

um die soziale Lage des „gemeinen Mannes“ handelt es sich in diesem Kampf, sondern um politische Emanzipation des Bürgerthums. Die wohlhabenden Städte waren das Bollwerk in dem Kampf gegen das derzeitige politische System, und die Professoren die Verkünder der neuen liberalen Staatswissenschaft.

Nun war es die Sorge um das geistige Wohl der Universitäten, insbesondere der Professoren, welche die kaiserliche Majestät veranlaßte, ihre liebevolle Aufmerksamkeit diesen die Gesellschaft untergrabenden Instituten zu schenken. Im Jahre 1715 wurde dem Reichstag zu Regensburg ein kaiserliches Kommissionsdekret vorgelegt, in dem Majestät bittere Klage führt, „sowohl ob den Predigern und Schriftgelehrten als auch den Professoribus und Rechtsgelehrten auf Universitäten und Akademien“ und verkündet, daß sie „aus reichsväterlicher Obforge das in Originalität hierbei sub. Lit. A gehende geschärfte offene Edikt und Gebot mit gutem Bedacht, zeitigem Muth und rechtem Wissen aus kaiserlicher Machtvollkommenheit gefertigt, damit sowohl die der Katholischen als auch der Augsburgischen Konfession zugethanen Kurfürsten, Fürsten und Städte, dann dero fürtreffliche Räthe, Botschafter und Gesandte, ingleichen andere, ersehen mögen, wie Ihre Kaiserl. Majestät allergnädigst und ernstlich gewillt sei, von kaiserlichen Amts wegen die Uebel zu verhüten, welche aus den ungebührlichen Unternehmungen besonders unruhiger, eigenwilliger und freventlicher Leute, nicht minder aus den auf Universitäten und Akademien von einigen Professoribus Juris Civilis et Publici herausgegebenen neuerlichen auf Zerstörung und Zerrüttung des Hauptes und deren Glieder im Reich und dieser unter sich selbst hinausgehenden Lehrstücken über Staats- und Regierungssachen entstehen können.“

Die Universitäten und Professoren die Pfanzstätten des revolutionären, die bestehende Gesellschaftsordnung untergrabenden Geistes! — wie schwer ist es heute im Zeitalter des „christlich-germanischen“ Bierstudententhums, des gamaschenbegehrten Treisckle, des Alles beweisenden und bejahenden Oneist und des für gemeinrechtliche Unterdrückung der Sozialdemokratie schwärmenden Hängel, sich in jene freiheitsbegeisterte Professoren und Studentenschaft hineinzuidenten!

Im achtzehnten Jahrhundert werden Reichsgesetze immer seltener, der Verfall des mitteleuropäischen Reiches schreitet immer mehr vor, die Einzelstaaten okkupiren ein Rechtsgebiet nach dem anderen, und so begegnen wir auch bis zur Auflösung des alten Reiches keiner neuen Reichsprefbestimmung.

An Stelle der Reichsgesetze treten jetzt die bürokratischen Bestimmungen der zahlreichen Landesväter — und doch kann man getrost behaupten, daß die Presse und Litteratur im allgemeinen sich bis in die Gegenwart hinein nie einer solchen Freiheit erfreute, wie in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Durch das Königl. dänische Edikt von 1770 wurde den deutschen, unter dänischer Oberhoheit stehenden Landestheilen volle Pressfreiheit gewährt. In Hessen existirte überhaupt kein Pressgesetz. Die beiden Mecklenburge, das Eldorado der Junker, entbehrten ebenfalls jeder Bestimmung über die Befugnisse der Presse und verwiesen jedes Pressvergehen, soweit es in die Sphäre des gemeinen Rechtes fiel, an den ordentlichen Richter. Baiern, Württemberg, Nassau, Weimar ertheilten sich einer sehr liberalen Gestaltung der Pressgesetzgebung.

Aber bald änderte sich dieser erfreuliche Zustand der Dinge. Nachdem die Bourgeoise Frankreichs am Ende des vorigen Jahrhunderts die Zügel der politischen Gewalt mit Begeisterung und Energie ergriffen und den Samen der neuen bürgerlichen Staatsauffassung in alle zivilisirten Länder hineingetragen hatte, erwachte wiederum das um den „beschränkten Unterthanenverstand“ besorgte Gemüth der Landesväter, besonders derer von Preußen und Oesterreich, und der Kampf zwischen Goliath und David begann von neuem.

Einen offiziellen Reptil-Apparat, wie ihn das heutige Geschlecht lernen zu lernen das beneidenswerthe Glück hat, gab es in jenen Zeiten noch nicht, — die Presse stand fast ausnahmslos auf dem Boden der revolutionären neuen bürgerlichen Anschauung und schlug in jener Zeit herrliche Ginstessschlachten. Der Feudalismus, die Religion, die Polizeigesetzgebung, die Bundesversammlung, kurz alles, was die hohen Regierungen damals für sehr ehrwürdig und unantastbar, zu den Grundlagen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gehörig betrachteten, wurde mit den Waffen der Kritik und Satyre mit Begeisterung und Rücksichtslosigkeit bekämpft. Das Bürgerthum befand sich damals in seinen idealen Jugendjahren und verfuhr mit den abgelebten Ehrwürdigkeiten nicht anders, wie heute die Sozialdemokratie.

Gegen diese revolutionären Ahnen unserer heutigen Nationalliberalen richteten sich die Beschlüsse der berühmten Karlsbader Konferenzen. Am 25. Juli 1819 theilte Metternich, der Hausmeister der Habsburger und gewissermaßen Kanzler des imaginären deutschen Reiches, Genz seine „großen Pläne in Betreff der deutschen Angelegenheiten mit“ und am 1. September konnten die Konferenzen unter „heiterer und zufriedener Stimmung von allen Seiten“, wie Genz in seinem Tagebuch sich ausdrückt, geschlossen werden. „Ich habe, so jubelt Genz am Tage des Abschlusses, meinen Theil an einem der größten und würdigsten Resultate der Verhandlungen unserer Zeit gehabt. Ein Tag, wichtiger als der bei Leipzig.“

Das „würdige“ jener Verhandlungen dokumentirt sich in Schlagworten, welche unserem Ohre sehr wohlbekannt klingen, die wir täglich in der Presse derjenigen Partei

lesen, gegen welche sie damals gerichtet waren und welche sich heute nationalliberal nennt. Hier tauchen zum ersten Male die Phrasen auf von „Herabwürdigung der Autorität“, von dem „alle Grundsätze erschütternden, alle Wahrheit in Zweifel und Wahn auslösenden Kampfe der Meinungen“; hier, hören wir den bekannnten Appell an, den gutgefinnten und wahrhaft aufgeklärten Theil der deutschen Nation.“

Die Karlsbader Konferenzen fanden ihr Echo in der Bundesversammlung. Diese genehmigte ohne jede Diskussion das neue Pressgesetz, nach welchem alle Druckschriften unter zwanzig Bogen einer „Genehmhaltung“ der Landesbehörden unterworfen und die Redakteure einer verbotenen Zeitschrift für fünf Jahre von jeder journalistischen Beschäftigung auszuschließen seien. Wir sehen, ein ausgebildetes Pressgesetz ist erst die Frucht der hohen Zivilisation des neunzehnten Jahrhunderts.

Nun beginnt ein regelrechter Kampf zwischen der hohen Zensur und dem Zeitgeist, welcher in der Presse trotz alledem zum Wort gelangte. Hier die Macht des Zensors, dort die geistige Ueberlegenheit des Schriftstellers, hier Verbot von Zeitschriften, dort das Emporwachen neuer Zeitungen! In diesem Kampfe hat sich mancher geistreiche Schriftsteller aufgerieben, mancher fiel, zu Tode getroffen, aber die Ideen der in den Produktionsverhältnissen begründeten bürgerlichen Gesellschaftsform blieben. Gerade in dieser Zeit wirkte der an Charakter und Geist bedeutendste Journalist, den Deutschland je befaßte — Ludwig Börne, welcher den Chikanen der Zensurbehörde in seinen „Denkwürdigkeiten der Frankfurter Zensur“ ein würdiges Denkmal gesetzt hat.

Allmählich streifte die Zensurbehörde ihre Fangarme nach der belletristischen Litteratur aus. Die Bundesversammlung nahm sich in echt christlichem Patriotismus im Jahre 1835 „der unter der Bezeichnung: das junge Deutschland, oder: die junge Litteratur bekannten literarischen Schule, zu welcher namentlich Heinrich Heine, Karl Gutzkow, Heinrich Laube, Rudolf Wienberg und Theodor Mund gehören“ an, „deren Bemühungen unverschöhlen dahin gehen, in belletristischen, für alle Klassen von Lesern zugänglichen Schriften die christliche Religion auf die frechste Weise einzugreifen, die bestehenden sozialen Verhältnisse herabzumwürdigen und alle Facht und Sittlichkeit zu zerstören.“ „In Erwägung, daß es dringend notwendig ist, diesen verderblichen, die Grundpfeiler aller gesellschaftlichen Ordnung untergrabenden Bestrebungen durch Zusammenwirken aller Bundesregierungen sofort Einhalt zu thun“ wurde verfügt, daß die Verfasser, Verleger, Drucker und Verbreiter der Schriften dieser Schule nach den Paragraphen der Straf- und Polizeigesetze zu verfolgen seien.

Aber Goliath richtete gegen David nichts aus, im Jahre 1848 sank er, zu Tode getroffen, in den Sand. Die Presse hatte wiederum die Regierungen besiegt, die neue Gesellschaft über die alte triumphirt.

Und die Enkel dieser Verfolgten? Sie verfolgen mit denselben Phrasen, mit denselben Mitteln, mit denen sie selbst verfolgt wurden, diejenige Presse, welche heute für das ewige Recht der Völker auf Entwicklung und Fortjüngung eintritt.

Was ist Geld?

P. E. In dem ersten Heft der neuen Zeitschrift „freie Bühne für modernes Leben“ befindet sich ein Artikel von Leo Tolstoi „Was ist Geld.“ Leo Tolstoi ist der russische Dichter, welcher alle Vorrechte seiner aristokratischen Geburt, seines Genies, und seines Vermögens von sich abwarf und als einfacher Bauer sein Brot verdient, weil er es für unmoralisch hält, von der Arbeit Anderer zu leben — eine Persönlichkeit von einer gewaltigen sittlichen Kraft, wie sie kaum in Jahrhunderten einmal aufsteht.

Neben dem allgemeinen Interesse, das ein solcher Mann Jedem einflößen muß, hat er auch noch ein besonderes Interesse für die Sozialdemokratie. Er stellt eins der vielen Symptome dar, welche den Uebergang aus dem kapitalistischen Zeitalter in das gesellschaftliche begleiten. Seine Ansichten stehen in einem grundsätzlichen Widerspruch zu unseren Ansichten; trotz der häufigen Berührungspunkte in der Entwicklung der Gedanken besteht doch der eine fundamentale Unterschied, daß die sozialdemokratische Betrachtung materialistisch von der historischen Veränderung der Produktionsverhältnisse ausgeht, während Tolstoi idealistisch an eine plötzliche sittliche Umgestaltung der Menschen anknüpfen will.

Der Verehrer der moralischen Persönlichkeit mag sich an dem moralischen Idealismus erheben; dieser Idealismus ist aber nur ein formales Moment — seinen Inhalt bekommt er erst durch die bestehenden Verhältnisse, unter denen Tolstoi lebt. Und dieses zweite, dieser Inhalt, ist es, was uns interessiert; denn der Inhalt deckt sich fast vollständig mit unseren Erwartungen, soweit es eben die rein idealistische Grundlage gestattet. Die Philosophie Tolstois liefert uns wieder den Beweis, daß unsere Erwartungen die logische Folge der gegenwärtigen Verhältnisse sind; denn dieser Idealist, der sich ein Zukunftsideal erträumt, muß sich sein Zukunftsideal so gestalten, wie wir. Die idealistischen Schwärmer sind aber stets die wahrsten und sichersten Propheten der Zukunft; ihr Unrecht besteht immer nur darin, daß sie sich über den Weg zu dieser Zukunft täuschen.

Betrachten wir also von diesem Standpunkt den Artikel. Richtig hat Tolstoi zwei Funktionen des Geldes auseinander gehalten:

„Die Wissenschaft sagt, daß der Begriff des Geldes durchaus nicht Ungerechtes oder Schädliches in sich schließt, daß das Geld die natürliche Grundlage unseres sozialen

Lebens sei, dessen wir zur Erleichterung des Umtausches, zur Ermöglichung des Sparens, sowie als Werthmesser und Zahlungsmittel unumgänglich benötigen“ — er meint damit den Charakter des Geldes als allgemeines Äquivalent. Diese Erkenntnis hat er aus der „Wissenschaft“ — der bürgerlichen Nationalökonomie — geschöpft.

„Auch die Frage, was Geld sei, wird alsdann ihre Lösung finden, und es wird sich herausstellen, daß das Geld durchaus nicht jenes unschuldige Mittel der Werthmessung, der Verkehrsverleicherung und der Sparmöglichkeit ist, als welches die Wissenschaft es gegenwärtig darstellt, sondern daß es das erste und vorzüglichste Mittel der Unterjochung des Menschen durch den Menschen ist, mit einem Worte, daß es ist: geronnene Gewalt“ — er meint damit, daß das Geld Kapitalfunktionen ausübt.

Er weiß auch, daß das Geld nicht „schuld“ ist an dieser Sache, daß die Ursache der „Unterjochung“ die Trennung des Arbeiters vom Produktionsmittel ist.

„Die Unterjochung der Menschen durch den Menschen rührt nicht vom Gelde her, sondern von dem Umstand, daß der Arbeiter nicht den vollen Ertrag seiner Arbeit erhält . . . wer Geld besitzt, hat diejenigen, die leins besitzen, im Sack.“

„Die Wissenschaft sagt: an der Hervorbringung jeglichen Produktes sind drei Faktoren beteiligt: der Boden, die Produktionsmittel und die Arbeitskraft. Darum nun, daß der Inhaber der Arbeitskraft nicht zugleich Inhaber der beiden anderen Faktoren ist, entsteht jenes außerordentlich verwickelte Verhältniß, welches die Abhängigkeit der Menschen vom Menschen, die Unterjochung der Menschen durch den Menschen bedingt . . . Es wird behauptet, daß diese drei Faktoren an jedem Produkt ihren Antheil haben, und daß füglich das erzeugte Gut — oder der Werth, der Ertrags derselben, das Geld — sich billiger Weise unter alle drei vertheile, und zwar als Rente für den Grundbesitzer, als Kapitalgewinn für den Besitzer der Produktionsmittel, und als Arbeitslohn für den Arbeiter.“

Tolstoi führt dann aus, daß nicht nur die drei genannten Faktoren zur Produktion erforderlich seien, sondern eine Menge andere: Sonne, Luft und so fort. Auf diese nimmt die Wissenschaft deshalb keine Rücksicht, weil sie bei der Vertheilung des Produktionswerthes nicht in Frage kommen, weil „auf jene andern Dinge, die Strahlen der Sonne, Wasser, Luft, selten Jemand Anspruch erhebt, während das Streben nach Grundbesitz und Kapitalbesitz in unserer Gesellschaft allgemein ist.“

Also nur weil Leute auf den Besitz des Bodens und der Produktionsmittel Anspruch erheben, schließt Tolstoi, bekommt der Arbeiter nicht den vollen Ertrag, sondern muß mit jenen theilen. Wie „widernatürlich“ ist das!

„Der Arbeiter soll des Grund und Bodens und der Arbeitsmittel beraubt sein — wenn wir uns nur ein klein wenig in den Sinn dieser These versetzen, dann erkennen wir den inneren Widerspruch, den sie enthält. Der Begriff des Arbeiters schließt auch den Grund und Boden, die Erdoberfläche ein, auf welcher er lebt, sowie die Geräthe, deren er sich bei seiner Arbeit bedient. . . Der Nationalökonom gleicht jenem Zoologen, der eine Anzahl von Zeigigen mit beschneitenen Flügeln in Käfigen mit Wassernäpfchen gesehen hat, und daraus den Schluß zieht, daß die beschneitenen Flügel, die Käfige und Wassernäpfe die drei natürlichen Lebensbedingungen dieser Vögel seien.“

Daß die Arbeiter thatsächlich vom Produktionsmittel getrennt sind, rührt daher, daß sie ihnen von Andern „geraubt“ sind — aber das beweist nur, daß die „natürliche Ordnung der Dinge“ gestört ist. Die „Auffassung des gesunden Menschenverstandes“ ist die, daß zu dem Arbeiter sein Werkzeug gehört.

Man vergleiche mit diesen Ausführungen einmal die Theorien der Moralisten, Philosophen und übrigen Zoologen, welche der Emanzipation der Bourgeoise vorausgingen. Bei diesen ist der „freie Arbeitsvertrag“ die „natürliche Ordnung der Dinge“, entspricht der „Auffassung des gesunden Menschenverstandes.“

Das beweist erstens, daß alle Moralisten und moralisirenden Politiker Unrecht haben, welche an eine absolute „natürliche Ordnung“ oder an einen absoluten „gesunden Menschenverstand“ glauben; das zeigt, daß die Inhalte des Idealismus stets die Produkte der jedesmaligen Verhältnisse sind. Aber zweitens beweist das, daß wir nicht mehr allzufern dem sozialen Staat stehen; denn dergleichen Idealisten, wie Tolstoi sind die sichersten Vorboten der bestehenden Umwälzung. Tolstoi ist allerdings nur utopistischer Sozialist; aber ähnlich wie ein Rousseau der bürgerlichen Revolution vorausging, so ist ein Tolstoi der Sturmvoegel der proletarischen Revolution.

Arbeiterinnen-Bewegung.

Hauptsächlich durch die Agitation der Frau Guillaume-Schad gelang es, vor einigen Jahren in mehreren Städten der Schweiz — so in Zürich, Bern, St. Gallen, Basel — Vereine von Arbeiterinnen ins Leben zu rufen, obgleich langsam sich entwickelt und als lebensfähig sich erwiesen haben.

Um der Organisation unter den weiblichen Arbeiterinnen, die des Zusammenhaltens mindestens ebenso sicher bedürfen wie die männlichen, einen neuen Impuls zu geben, hat man Frau Clara Zetkin in Paris, eine geborene Deutsche, bewogen, in nächster Zeit in verschiedenen Schweizerstädten — soviel uns bis jetzt bekannt, Basel, Bern, Biel, Chur, Winterthur und Zürich — auf die Arbeiterinnenbewegung bezügliche Vorträge zu halten. Wir hoffen, daß von den Emberuern an jedem Orte nach Kräften auf recht zahlreichen Besuch der Vorträge namentlich seitens der Arbeiterinnen hingewirkt werde.

[Nachdruck verboten.]

Feld der Ehre.

Halbdämmer graut im düst'gen Raum,
Es tickt die Uhr, es rückt der Weiser,
Und aus dem Winkel leucht es heiser;
Ein Kranker schrickt aus schwerem Traum.
Er stützt sich auf im harten Bette,
Strahlt feufzend das ergraute Haar,
Es deckt der Stirn erhitte Stätte
Sich trüb mit finst'rer Furchen Schaar.

Am staub'gen Fenster hiebt der Tag,
In leisem Roth die Scheibe zittert,
Des Kranken Auge folgt verbittert
Dem Zug des letzten Strahles nach.
Schon wehen Schattennachtgespenster
Ein graues Tuch, es kommt ein Wind,
Die mahnend rüttelt er am Fenster:
„Auf! geh, wo die Genossen sind!“

Von schnellen Schritten trägt empor
Der Wind den Schall aus dunkler Gasse,
Da zieht entlang in dichter Masse
Von Männern jung und alt ein Chor.
Der Kranke fühlt sein Herz erbeben,
Er weiß es ja, die Menge geht,
Auf starken Schül den Mann zu heben,
Den besten Sehens Geist durchweht.

Den Mann, der oft für grimme Noth
Sich reißig stellte zum Gefechte:
Wir sind wie ihr, gebt eure Rechte
Und unsrer Armuth spendet Brod!
Seht ihr nicht, wie wir jammernd darben?
Seht einen Funken eures Lichts!
Wir schneiden euch des Glüdes Garben,
Doch davon weiß die Habsucht nichts.

Die Luft wird schwül, gewitterheiß,
Wie Brandung dröhnt fernher ein Rollen,
In wilder Hochfluth sind geschwollen
Die unbezahlten Tropfen Schweiß.
Es stöhnt von Klagen und Entfagen
Bergweilungsangst Stimmen Ton, — —
Die Zeit ist reif zum Früchtetragen.
Auf denn aus schwerer Arbeit Frohn!

Des Alten Brust kocht fieberheiß,
Er sieht in jagenden Gedanken
Aus wirren Zukunftsbildern ranken
Ein leuchtend grünes Freiheitsreis.
Da raunt sein weller Mund mit Zittern:
„Und denken sollte man, ich war,
Als man das Unrecht schlug in Splittern,
Nicht in der Kämpfer Siegeshaar?“

„Als man zum Volsam grauser Noth
Der Scherlein Bestes rief zu geben,
Da hielt ihn fern die Angst um's Leben, —
Ist das die Tren bis in den Tod?
Nein, lieber soll gebietend sprechen
Zum letzten Gang der Knochenmann!
Der ist ein Schuft und übt Verbrechen,
Wer heut' die Pflicht veräumen kann.“

Da ruft vom Thurm ein Glockenschlag,
Auf springt der Greis, zu Noth und Stode
Schnell löst er — „Schlag nicht weiter, Glocke!“
Zu fliegt die Thür mit häß'gem Krach.
Ein eilt er an den Häusermauern, —
'S ist höchste Zeit, dort liegt der Saal! —
Blas reicht er unter Fieberschauern
Der heil'gen Urne seine Wahl.

Er schiebt sich durch der Menschenreih'n
Vieltausendstimmiges Gebrause,
Die Augen strömen, — schnell nach Hansel
Erschöpft wandt er zur Thür herein.
Er sinkt auf's Bett, die Finger klammern
Sich schmerzvoll um des Lagers Saum,
In seinen Schläfen töbt ein Hammern,
Ein wimmernd Stöhnen weckt den Raum.

Es tickt die Uhr, das Pendel fliegt,
Da stürmt's herauf der Treppe Stufen,
Die Thür springt auf und Stimmen rufen:
„Triumph! Triumph! Sie sind besiegt!“
Nicht kammt durch's Zimmer um den Alten,
Der kraftlos auf dem Kissen liegt.
Er starrt empor, die Hände fallen
Wie betend sich: „Und wir gesiegt?“

„Ja, wir! Doch war's ein hartes Ethd.
Sie wehrten sich mit hartem Grimme,
Bis denn zuletzt durch eine Stimme
Der feste Sieg uns ließ sein Glüd.“
Da reckt sich mit Gewalt im Kissen
Der Greis empor: „Durch eine, wie?“
Die Augen blihen aufgerissen,
In lichter Luft erlodern sie.

Hoch fährt die Hand, wild schwenkt er sie,
Im Raum zwei Schreie wiederhallen:
„Triumph! Triumph!“ Ein jähes Rollen
Schloß seines Jubels Melodie —
Die Senke Klang — Bringt Sarg und Tragen!
Hut ab, ihr Männer! Tretet her!
Ein Heldenherz hat ausgeschlagen
Im Kampf, auf schönstem Feld der Ehr'.

Franz Diederich.

Die Denkschrift über die Ausstände der Bergleute.

Ueber den Werth der Denkschrift im Allgemeinen haben wir uns schon geäußert. Die Untersuchungen, welche der Denkschrift zu Grunde liegen, wurden für die einzelnen Gruben von dem Landrath des Kreises und dem zuständigen Bergrevierbeamten geführt. Diese Kommission stellte zuerst die tatsächlichen Verhältnisse der einzelnen Gruben fest, las sich dann eine Anzahl Bergleute aus, die „vernommen“ wurden und hörte dann den Vertreter der Bergwerksbesitzer und erforderlichen Falls einige der Betriebsbeamten. Es wurden die zu vernehmenden Bergarbeiter so ausgewählt: 1) ein oder zwei Bergleute, die während des Streiks als Delegirte thätig waren, nach Auswahl der Untersuchungskommission, 2) ein Knappschaftsältester (d. h. ein Vorstandsmitglied der sogenannten Knappschaftsklassen), wenn ein solcher auf der Grube arbeitet, 3) solche Bergleute, deren Vernehmung der Revierbeamte oder der Verwaltungsbeamte als wünschenswerth bezeichnete.

Später, als die Untersuchung vielfach schon abgeschlossen war, wurde bestimmt, daß jeder Bergarbeiter, der es wünscht, vernommen werden sollte. Es haben sich selbstredend nur wenige dazu gemeldet.

Die Aussagen, wenn sie sich widersprachen, wurden nicht durch Gegenüberstellen der betreffenden Personen richtig gestellt, sondern die Wahrheit wurde in der Schwebe gelassen.

Wie dabei verfahren wurde, giebt eine „Probe“ an, die in den Anlagen zur Denkschrift mitgetheilt ist.

Von der Zeche Zollern wurden zwei Delegirte, ein dort arbeitender Knappschafts-Ältester, der Bergmann Siegel und noch zwei andere Bergleute vernommen. Die beiden Letztgenannten, sowie der Älteste, haben sich an dem Ausstände nicht betheilig, die Kommission hat also von den wenigen Leuten, die nicht gestreikt hatten, gerade so viel vernommen, wie von der großen Mehrzahl, die sich dem Ausstände angeschlossen hatten. Bei seiner Vernehmung sagte Siegel aus, es wäre auf Zeche Zollern wiederholt vorgekommen, daß denjenigen Leuten, welche die von der Verwaltung angeordnete Uebersicht nicht verfahren wollten, die Seilsahrt nicht zur Verfügung gestellt wurde. „Mir selbst ist es im vorigen Jahre passiert, daß ich nicht in der Lage war, Uebersicht zu verfahren, nach Ende meiner eigentlichen Schicht die Seilsahrt aber nicht in Betrieb gesetzt wurde.“ An welchem Tag dies geschähe, konnte Siegel nicht genau angeben. Der Delegirte Risse sagt aus: „Auf Zeche Zollern wurde nur denjenigen Arbeitern, welche die Uebersicht nicht anfahren wollten, Seilsahrt gestattet, sofern sie die schriftliche Erlaubniß des Steigers hierzu hatten. Diese Erlaubniß wurde jedoch erst nach mannigfacher Rückfrage, weshalb man denn die Uebersicht nicht anfahren wolle, ertheilt. Wir fühlten immer, daß auf uns ein gewisser Zwang zum Verfahren der angeordneten Uebersichten ausgeübt werden sollte. Es sind hierüber vielfach Klagen laut geworden.“ Die vier übrigen Bergleute, welche gemeinsam vernommen wurden, haben laut Protokoll erklärt: „Es mag wohl vorgekommen sein, daß ein Druck zum Verfahren von Uebersichten seitens der Zeichenbeamten ausgeübt worden ist. Uns persönlich ist dies nicht widerfahren. Dem mit Ausfahrtschein versehenen Bergmann ist nach der eigentlichen Schicht stets die Seilsahrt zur Verfügung gestellt worden.“ Die beiden Direktoren erklären: „Wenn wirklich vor dem Streik in irgend welcher Beziehung ein Druck ausgeübt sein sollte, so ist es ohne Vorwissen im Gegensatz zu der Absicht der Direktion gewesen.“ Alle diese Aussagen sah die Untersuchungskommission, bestehend aus dem Bergmeister Scharf und dem Landrath v. Nynsch, in ihrem Gutachten dahin zusammen: „Die Aussagen der übrigen Vernommenen widerlegen die Angaben Siegel's, daß bei angeordneten Uebersichten die Seilsahrt nach der eigentlichen Schicht nicht zur Verfügung gestanden habe.“

Daß in dieser Art die Wahrheit nicht zu ermitteln ist, ist klar.

In welcher Art man in England bei solchen Untersuchungen die Wahrheit herausbringt, selbst wenn der Vernommene offenbar die Wahrheit nicht sagen will, möge folgendes Beispiel lehren.

Es handelte sich in England um Feststellung der Thätigkeit eines Zuder-Ringes (einer Vereinigung von Zuderfabrikanten zum Hochtreiben der Preise). Ein Mr. Sierls soll ausfragen, wie oft er an die Leiter des Ringes berichtet hat. Er will nicht. Er wird verurteilt und nun beginnt das Verhör:

Frage. Wie oft machen Sie dem Board Mittheilungen, oder dieser Ihnen? — Antwort. Das kann

ich nicht sagen. — Fr. Haben Sie je einen Bericht gemacht — Sie sind der Sekretär oder Schatzmeister? — A. Ja. — Fr. Haben Sie dem Board jemals einen Bericht geliefert? — A. Nein. — Fr. Sie sagten doch, Sie hätten Berichte erstattet? A. nicht dem Board. — Fr. Hat irgend ein Mitglied der Unternehmung, deren Sekretär Sie sind, jemals den Bericht erstattet? A. Meines Wissens nicht. — Fr. Senator Coggeshall (ein Mitglied der Enquete-Kommission) sagt, Sie hätten ausgesagt, daß Sie einen Bericht gemacht haben. Haben Sie das gethan? — A. Dem Board berichtete ich nicht. — Fr. Wem? Seinem Präsidenten? — A. Nein. — Fr. Dem Sekretär? — A. Ja. — Fr. Sie haben Herrn Searls (dem Sekretär des Board) Bericht erstattet? — A. Ja. — Fr. Gut das geschah schriftlich? — A. Ja. — Fr. Wann geschah das, wann ward der erste Bericht erstattet? — A. Nun, er bezieht sich auf unsere Zuderverkäufe. Ich bin Verkäufer des Hauses, und ich berichtete ihm über die Anzahl der Barrels Zuder, die ich verkauft hatte. — Fr. Wann war das? — A. Vor einiger Zeit. — Fr. Wie lange ist es her? — A. Wahrscheinlich eine Woche. — Fr. Sagen sie uns, wann es war. Ist es drei Wochen her? — A. Nein, es war später. — Fr. Um wie viel später? — A. Ich denke, es war letzten Donnerstag. — Fr. Nun, damals war Herr Searles bereits abgereist? — A. Ueber die Reisen des Herrn Searles ist mir nichts bekannt. — Fr. Wann wurde Ihre Mittheilung übergeben? — A. Ich adressirte sie an Herrn Searles. — Fr. Sie schickten sie durch die Post? — A. Ich sandte sie nach seinem Bureau. — Fr. Durch einen Boten? — A. Durch einen Boten. — Fr. Und diese Mittheilung bezog sich auf den Verkauf einer Anzahl Barrels Zuder oder auf die von Ihnen verkaufte Zudermenge? — A. Ja. — Fr. Und auch den Verkaufspreis? — A. Ja. — Fr. Und an wen der Zuder verkauft wurde? — A. Nein. — Fr. Wollen Sie gütigst mittheilen, wie viele Barrels waren? — A. Ich kann mich nicht erinnern. — Fr. Waren es tausend? — A. Nein. — Fr. Oder zehntausend? — A. Ich kann Ihnen überhaupt nichts darüber sagen. — Fr. Der Bericht bezog sich also auf die von Ihnen gemachten Zuderverkäufe. Gab er den Zeitraum an, innerhalb dessen dieselben erfolgten? — A. Nein. — Fr. Oder war es ein Bericht für einen besonderen Zeitpunkt? — A. Nein, es war — ich machte diesen Bericht. — Fr. Ja, und Sie stellten darin fest, daß so und viele Barrels Zuder während eines gewissen Zeitabschnitts verkauft worden sind? — A. Ja. — Fr. Wie groß war diese Periode, wann begann, wann endete sie? — A. Ich weiß nicht, wann ich den letzten Bericht erstattete. — Fr. Wann sandten Sie den vorletzten ein? — A. Wahrscheinlich einige Tage vorher. — Fr. Einige Tage. Wie lange, nicht wahr, einige Tage vor Donnerstag? — A. Ja. — Fr. Wie viel Tage? Ich besterhe nicht auf einer ganz genauen Angabe, nur auf eine solche in Dausch und Bogen. — A. Zwei oder drei Tage vorher. — Fr. Und wie viele Tage vorher erstatteten Sie den vorhergehenden Bericht? — A. Das ist schwer zu sagen. — Fr. Alles was wir wünschen, ist eine allgemeine, der Exaktheit sich möglichst nähernde Angabe. — A. Nun, wir erstatten über unsere Produktion Bericht. Ich meine, diese Auskunft genügt. — Fr. Und das thun Sie regelmäßig? — A. Ja. — Fr. Sie pflegen also über einen Zeitabschnitt von je drei oder vier Tagen wöchentlich Bericht zu erstatten. Sie pflegen zu bestimmten Perioden ihre Produktionsziffer für diese Perioden mitzutheilen? — A. Ja. —

So hellt man dort jedes Dunkel auf, hier ließ man die sich theilweise widersprechenden Angaben neben einander stehen, und schenkte zuletzt denjenigen mehr Glauben, die den Grubenbesitzern günstig waren.

Bei einer anderen Grube kam die Frage der „gezeichneten Abkehrscheine“ zur Sprache. „Vorchriftsmäßig entlassen“, dann konnte der Bergmann wieder Arbeit erhalten. Lautete die Abkehr anders, erhielt er keine Arbeit.

Die für die Untersuchung vorgeschriebenen Fragen lauteten:

„Sind die Klagen dagegen gerichtet, daß Seitens der Betriebsführer durch gewisse Schreibweise oder durch nur den Betriebsführern selbst bekannte beiondere Zeichen eine Zensur ausgeübt wird? In letzterem Falle müßte thunlichst ermittelt werden, worin diese geheime Verständigung der Betriebsführer erfolgt?“

Befragt wurden auf der Zeche Zollern der Bergmann Siegel. Er sagt aus:

„Dem abkehrenden Bergmann wurde auf dem Scheine entweder bescheinigt, „auf Wunsch entlassen“ oder „vorschriftsmäßig gekündigt“. Diejenigen Arbeiter, welche ersteren Zusatz oder überhaupt keinen Zusatz in der Abkehr hatten fanden keine Arbeit. Diese Einrichtung der Abkehrscheine ist zurückzuführen auf einen Beschluß des Vereins für technische Grubenbeamte.“ Die vier anderen Arbeiter, darunter die drei, welche nicht gestreikt hatten, erklärten: „Auch auf den Abkehrscheinen der Zeche Zollern sollen geheime Zeichen ersütren; wir wünschen, daß dieser Mißstand beseitigt wird. In besondern bezieht sich dies auf die Bemerkung, „auf Wunsch entlassen“ und „Führung Gut“, d. h. gut mit einem großen G und nicht mit einem kleinen g geschrieben.“

Der Bergwerksdirektor nebst dem Betriebsführer werden vernommen, sie sagen:

„Ueber geheime Zeichen, die in Abkehrscheinen aufgenommen wurden, ist uns nichts bekannt, namentlich nicht, daß ein bezüglicher Beschluß des Vereins für technische Grubenbeamte vorliegt. Zutreffend ist nur, daß derjenige Bergmann, welcher auf dem Abkehrschein nicht die Bemerkung hat „ordnungsmäßig gekündigt“, nur ungern angelegt wird. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung halten wir es für unbedingt erforderlich, daß die Kündigungsfristen genau innegehalten werden, und es ist wohl keinem Betriebsbeamten zu verdenken, daß hierauf besonderer Werth gelegt wird.“ Und dann schrieb die Kommission in ihr Gutachten betreffend die Zeche Zollern: „Die Bemerkung in den Abkehrscheinen „auf Wunsch entlassen“ ist kein geheimes Zeichen. Es bedeutet dies nur, daß der betreffende Mann und nicht die Verwaltung gekündigt hat. Thatsächlich werden Leute mit diesem Bemerkte im Abkehrschein weniger gern angelegt. Ähnliche Angaben sollten überhaupt nicht in den Abkehrschein aufgenommen werden.“ Das Ergebnis der Verhandlung faßt die Kommission dahin zusammen, „daß die Betriebs- und Arbeiterverhältnisse auf Zeche Zollern gut geordnet waren und keinerlei begründete Veranlassung zum Streik vorgelegen hat.“

Aus dem Protokoll über die Vernehmung der beiden Direktoren des westfälischen Grubenvereins und des Betriebsführers Niepmann der Zeche Germania haben wir noch zwei Punkte hervor. Wie es scheint, haben sich Arbeiter der Zeche Germania darüber beschwert, daß auf dem einen Schachte derselben dreierlei, auf dem anderen zweierlei Kohlenwagen in Gebrauch waren. Die in Gegenwart des Revierbeamten vorgenommenen Messungen ergaben, daß die Wagen auf Schacht I 10³/₄, 12 und 13 Zentner Kohle, die auf Schacht II 10³/₄ und 12 Zentner Kohle enthielten. Die Beamten erklärten, daß der kleine Wagen des Schachtes I mit 10 Ztr., die beiden größeren mit 11¹/₂ Ztr., auf Schacht II aber beide Wagen mit 11¹/₂ Ztr. angerechnet würden. Das heißt zu deutsch, daß auf Schacht I die Bergleute ³/₄, ¹/₂ bzw. ¹/₂ Ztr. pro Wagen mehr förderten, als ihnen angerechnet wurden. Zur Erklärung gaben die Herren Direktoren nebst dem Betriebsführer Niepmann Folgendes zum besten: „Wir bemerken hier ausdrücklich, daß wir bis vor der erfolgten amtlichen Feststellung in dem Glauben gewesen sind, auf Schacht I ständen nur zwei Sorten, auf Schacht II nur eine Sorte Förderwagen in Gebrauch. Vorläufig muß es bei dem jetzigen Zustande bleiben; wir versichern jedoch, daß wir bemüht sein werden, die Bedinge so zu regeln, daß den Leuten aus den verschiedenen Sorten Wagen kein Nachtheil erwächst.“ Dabei muß man wissen, daß schon von mehreren Zechen vor der Strafkammer in Dortmund eine Anklage wegen Landfriedensbruches gegen eine Anzahl Bergleute der Zeche Germania verhandelt wurde, wobei der Verwaltung der Zeche nachgewiesen wurde, daß sie durch die Einstellung von größeren Förderwagen die Arbeiter um einen Theil ihres Verdienstes gebracht hatte. Allerdings war damals der Westfälische Grubenverein noch nicht Eigentümer der Zeche Germania, wohl aber war der oben genannte Betriebsführer Niepmann schon Beamter der Zeche, sein Name wurde während der gerichtlichen Verhandlungen sehr häufig genannt. Die Äußerung des Direktors und des Betriebsführers, daß sie von dem Vorhandensein der verschiedenartigen Wagen nicht genau unterrichtet gewesen wären, ist demnach höchst befremdlich. Leider erfahren wir nicht, was die Untersuchungskommission dazu gesagt hat.

Wie man sich gerne mit allgemeinen Redensarten befriedigt erklärt, wenn diese den Grubenverwaltungen einigermassen günstig sind, zeigt folgende Stelle der Denkschrift, die von den „Ursachen der Streiks“ handelt:

An vielen Stellen des Ruhrbezirks wird von den Arbeitern zu niedriger Lohn und die Schichtdauer bzw. zu zahlreiche Ueberschichten als Grund des Ausstandes bezeichnet. Demgegenüber ist aber darauf hinzuweisen, daß auf einer größeren Anzahl von Gruben (es werden 23 namhaft gemacht) die Kommissarien von einzelnen Arbeitern durchaus abweichende Auskunft über die Ursachen der Bewegung erhalten haben. Vielfach lautet die Aussage: „weil anderwärts gestreikt wurde“, „selbständig wäre es nicht dazu gekommen, die Anregung kam von außen“, „weil es die Nachbarnzehen thaten“, „durch fremde Arbeiter aufgewiegelt“, bzw. „gezwungen.“ In einem Falle ist zu Protokoll gegeben, daß die Veranlassung zum Streiken „in den erhöhten Kohlenpreisen und den hohen Kursen lag.“

Eine Feststellung der Wahrheit der Angaben ist aus der Denkschrift nicht ersichtlich.

Die „Höhe und Feststellung des Lohnes“ erfolgt in derselben Art, und die Denkschrift kommt zu dem Schluß betreffend das Saar Revier: „Daß vor dem Ausstande der Lohn im Allgemeinen unzureichend gewesen ist, muß nach dem Ergebnisse der Untersuchung bezweifelt werden. Während im Durchschnitt der auf sämtlichen Werken des Direktionsbezirks im ersten Quartal 1889 verdiente Nettolohn sich auf 3,21 Mk. stellt, betrug der ortsübliche von der höheren Verwaltungsbehörde festgestellte Tageslohn gewöhnlicher Tagearbeiter für die Kreise Ottweiler, Saarbrücken und Saarlouis je 1,80 Mk., für den Kreis St. Wendel 2 Mk. Also weil ein Bergarbeiter etwas mehr verdiente, als der für die Krankenversicherung fest gestellte Lohn eines gewöhnlichen Arbeiters, muß bezweifelt werden, daß der Lohn des Bergarbeiters nicht auskömmlich ist. Weil ein Anderer noch schlechter bezahlt ist, muß der Bergarbeiter zufrieden sein.“

Wie es außerdem mit der willkürlichen Herabsetzung

der Afforde (Bedinge) zugeht, darüber belehrt uns folgende Stelle der Denkschrift:

„Das Bedinge wird an der Arbeitsstelle zwischen einem Beamten, meist dem Steiger, und den Arbeitern vereinbart, bezw. von ersterem festgesetzt; es gilt also für einen Monat abgeschlossen, wenn nicht besondere Abmachungen getroffen werden. Im Laufe des Monats befähigt der Betriebsführer die einzelnen Arbeitsstellen, prüft die Bedingestellung und betrachtet es als sein Recht, das Bedinge, welches ihm als zu hoch erscheint, herabzusetzen. In solchen durchaus nicht selten vorkommenden Fällen kann es sich ereignen, daß die Arbeiter bis weit in die zweite Hälfte des Monats hinein im Vertrauen auf die vom Steiger festgesetzte Bedingestellung gearbeitet haben, um dann plötzlich zu erfahren, daß ihnen der erhoffte gute Verdienst nachträglich durch einen Nachspruch des Betriebsführers gekürzt werden soll. Es kommt sogar nicht selten vor, daß das Bedinge nachträglich herabgesetzt „abgerissen“ wird, wenn sich die Beamten überzeugen, daß bei Aufrechterhaltung desselben, also bei Aufrechterhaltung des abgeschlossenen Arbeitsvertrages, der Hauer — zu viel verdienen würde! Daß die Beschwerden der Bergleute über ein derartiges Verfahren berechtigt oder wenigstens „nicht übertrieben“ sind, erkennt selbst die Denkschrift an. Sie meint, was allerdings als ganz selbstverständlich erscheinen sollte, auch, daß das Bedinge von vornherein (von besonderen Ausnahmen abgesehen) endgültig festzustellen sei, daß der Arbeiter vom Anfang bis zum Ende des Monats genau übersehen können müsse, was er verdiene, und daß ein „Abbrechen“ des Bedinges bei günstiger Gestaltung der Arbeit auszuschließen sei.“

Aber trotz alledem und alledem haben die Bergarbeiter keinen Grund zum Ausstande. Sie können ja fortgehen, wenn es ihnen nicht paßt, freilich mit einem Abkehrschein, der „nicht heimlich“ gezeichnet ist. Das ist Alles.

Ist der Tisch für Alle gedeckt?

Von H. Schlüter.

Es war im Jahre 1798, als in England ein Buch erschien, dessen Inhalt von entscheidendem Einflusse auf die Geschichte Englands und besonders auch auf die Geschichte der arbeitenden Klassen des Inselreichs gewesen ist.

Dieses Buch ist Malthus' Essay on the principle of population. (Versuch über das Bevölkerungsgesetz.)

Der Verfasser dieses Buches, ein englischer Paffe, entwickelte in demselben seine unter dem Namen „die Malthus'sche Bevölkerungstheorie“ bekannt gewordene Lehre, nach welcher die Bevölkerung der Erde bei vollkommener freier Entwicklung sich jedesmal in 25 Jahren verdoppelt, sich also in geometrischer Proportion vermehrt, während die Subsistenzmittel unter den günstigsten Umständen nur in arithmetischer Proportion gesteigert werden können. Während also die Zahl der Menschen zunehmen wie: 1, 2, 4, 8, 16, würden die Subsistenzmittel sich vermehren wie: 1, 2, 3, 4, 5. In 200 Jahren, meinte Malthus, werde sich die Bevölkerung zu den Subsistenzmitteln verhalten wie 256 zu 9, — in 300 Jahren wie 4096 zu 13 und in ein oder zwei Jahrtausenden werde eine kaum fassbare Differenz sich ergeben.

Malthus zog kühn die Konsequenzen aus seiner Lehre. Da die Erde seiner Anschauung nach stets überbevölkert ist, so muß es auch fortwährend Noth, Elend und Armut in der menschlichen Gesellschaft geben. Es sei die ewige Bestimmung der Menschheit, in verschiedenen Klassen zu existieren, von denen die eine reich und mit allem Wissen ausgestattet, die andere aber arm, elend, unwissend und unterdrückt sein müsse. Jeden Versuch, das Elend der Armen durch Almosen zu erleichtern, erklärte er für gefährlich, weil dies die Ausbreitung des ärmeren Theils der Bevölkerung fördere. Die Heirath erlaubt er auch nur den vom Schicksal Begünstigten und führt aus: Ein Mensch, der in einer Welt geboren wird, die schon besetzt ist, hat, falls ihn seine Familie nicht ernähren kann, und die Gesellschaft seiner Arbeit nicht bedarf, nicht das geringste Recht auf irgend einen Theil von Nahrung; er ist zu viel auf der Erde. Er kommt zum Tisch der Natur und findet denselben nicht für sich gedeckt, und die Natur gebietet ihm sich zu packen, „denn er hat ja vor seiner Geburt die Gesellschaft nicht erst gefragt, ob sie ihn haben wolle.“

Elend, Seuchen, Armut und Laster sind für Malthus deshalb auch ganz vortreffliche Sachen. Tragen sie doch dazu bei, den ärmeren Theil der Bevölkerung von der Erde verschwinden zu lassen. Er ist daher auch froh über die Uebelstände, die die Großproduktion für den Proletarier im Gefolge hat, und er sagt wörtlich: „Die stille, aber sichere Untergrabung des Lebens in großen Städten und Manufakturen, die engen Wohnungen und die unzureichende Nahrung vieler Armer lassen die Bevölkerung die Summe der Subsistenzmittel nicht überschreiten und, wenn ich einen Ausspruch wagen darf, der gewiß anfangs sonderbar erscheinen wird, überheben uns der Nothwendigkeit großer verheerender Seuchen um das Ueberflüssige zu zerstören.“

Das Malthus'sche Buch war die Kriegserklärung der Bourgeoisie an das Proletariat. Die Armen in England hatten bisher rechtlichen Anspruch auf die Unterstützung ihrer Gemeinden gehabt. Das war, wenn das Malthus'sche: „Der Tisch ist nicht für Alle gedeckt“, Geltung hatte, ja ein Verbrechen an der Menschheit. Die sich entwickelnde Bourgeoisie brauchte „Hände“ für ihre neuen Fabriken. Je mehr „Hände“ auf dem Markt waren, je billiger konnte sie der Fabrikant kaufen. So lange aber der Arme wenigstens sein Leben durch die Gemeinde garantiert erhielt, ging er nur mit Widerstreben in die Fabrik, um sich dort, 18

Stunden lang des Tages, abzuradern und abzuschinden, nur, um dasselbe bishen Brot zu erhalten, was ihm im Nothfall durch seine Gemeinde garantiert war. Da war die Malthus'sche Theorie vortrefflich geeignet, zu beweisen, daß dieser Zustand aufhören müsse. Sie wurde die Religion jedes echten englischen Bourgeois. Das alte Armen-gesetz wurde in die Kumpellammer geworfen. Ein neues Armen-gesetz hergestelt — und die Bourgeoisie erreichte, was sie wollte: billige Hände für ihre Fabriken.

Das neue englische Armen-gesetz vom Jahre 1834 basirte auf dem Malthus'schen: Für Euch ist der Tisch nicht gedeckt. Hatte das bisherige Gesetz die Unterstützung der Armen im Auge gehabt, so hatte das neue Gesetz die Vertilgung derselben zum Zwecke. Die Armen wurden ins Workhouse (Arbeitshaus) gesteckt, und die Einrichtungen in demselben waren so getroffen, daß den Insassen der Aufenthalt im höchsten Grade verleitet werden, sie abgeschredt werden sollten, dieses Haus zu betreten.

Die englischen Arbeiter, zusammengedrängt und mit der rasend raschen Entwicklung der Industrie zur Klasse zusammengeballt, waren aber nicht der Meinung, daß der Tisch nicht für sie gedeckt sei, und sie hatten nicht Lust, „sich zu packen.“ Sie waren der Meinung, daß nicht sie die „überflüssige Bevölkerung“ in der Gesellschaft repräsentirten, sondern daß es vielmehr die Kapitalisten seien, die recht überflüssig erschienen, und die wohl daran thun würden, das auf sich anzuwenden.

Der Kampf gegen das neue Armen-gesetz begann, und er leitete jene erste Arbeiterbewegung Englands ein, die als Chartistenbewegung bekannt geworden ist und die bisher weder in England selbst, noch in anderen Ländern in bezug auf ihre Massenhaftigkeit ihres gleichen gefunden hat. Diese Bewegung war die Antwort des Proletariats auf die Kriegserklärung der Bourgeoisie, die in dem Malthus'schen Buche „wissenschaftlich“ begründet war.

Die Malthus'sche Theorie brauchte eigentlich nicht widerlegt zu werden; durch ihre Existenz widerlegt sie sich selbst. Wäre sie richtig, ihr Urheber hätte wahrscheinlich nie das Licht der Welt erblickt, denn lange vor seiner Geburt wäre die Erde bereits so „überbevölkert“ gewesen, daß er den Tisch für sich nicht mehr gedeckt vorgefunden, und er sich hätte „packen“ können.

Als die englischen Arbeiter den Kampf gegen das neue Armen-gesetz aufnahmen, thaten sie es mehr aus Klasseninstinkt, als aus klarem Erkennen. Zwar hatten schon verschiedene humane Idealisten versucht, die Unrichtigkeit der Lehren von Malthus nachzuweisen, aber den Kernpunkt hatten sie noch nicht getroffen. Sie bewiesen zwar, daß Malthus nicht im Rechte war, als er seine Theorie aufstellte, aber sie widerlegten sie nicht. Sie erschütterten den Einfluß seiner Lehre, aber den Sturz dieser Lehre vermochten sie nicht herbeizuführen.

Das blieb dem Sozialismus vorbehalten, dem Sozialismus, der die wissenschaftliche Formulirung der Forderungen der modernen Arbeiterklasse in sich schließt. Die Wissenschaft der Bourgeoisie wurde besiegt durch die Wissenschaft der Arbeiterklasse.

Es war Friedrich Engels, der in seinem „Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie“ im Jahre 1844 den Malthus'schen Schwundel aufdeckte und nachwies, daß allerdings der Tisch für alle Menschen gedeckt ist. Er wies darauf hin, daß die sogenannte überzählige Bevölkerung stets mit überzähligem Reichthum, überzähligem Kapital und überzähligem Grundbesitz verknüpft ist. Er führte die Thatsache an, daß jeder Arbeiter weit mehr erzeugen könne, als er brauche und er hob den Widerspruch hervor, der in der Annahme der Malthus'schen Theorie im Veraleich zu der Thatsache liege, daß eine Nation vor eitel Reichthum und Ueberfluß verhungern muß.

Das schlagendste Argument aber, welches Engels gegen Malthus anwendet, und das dessen Theorie zu Boden geschlagen, ist folgendes:

Malthus zog bei Aufstellung seiner Lehre nur zwei Faktoren in Betracht: die Bevölkerung und die Subsistenzmittel. Aber er hatte eins vergessen, und das ist der Fortschritt des menschlichen Erkennens, der Fortschritt der Wissenschaft.

Engels weist nach, daß dieses dritte Element unendlich ist. Welchen Fortschritt ruft er aus, verdankt die Agrikultur dieses Jahrhunderts allein der Chemie, ja allein zwei Männern — Sir Humphrey Davy und Justus Liebig?! Es sei lächerlich, jetzt von Ueberbevölkerung zu reden. Die Wissenschaft vermehre sich mindestens so rasch wie die Menschheit — und, was ist der Wissenschaft unmöglich?!

So Friedrich Engels vor fünf und vierzig Jahren. Und wie sieht die Wissenschaft heute zu der Frage von der Ernährung der Bevölkerung? Betrachten wir uns zu dem Zwecke die Verhandlungen der letzten Versammlung deutscher Naturforscher in Heidelberg im September vorigen Jahres.

In dieser Versammlung hielt der bekannte Chemiker, Viktor Meyer, einen Vortrag über „Chemische Probleme der Gegenwart“, und er schloß diesen Vortrag mit folgenden Worten:

„Welcher Segen für die Landwirtschaft, wenn wir den Phosphor der Eisenerze, der diese bisher entwerthete, nunmehr in Gestalt der Thomas-Schlacke dem Ackerbau nutzbar zu machen gelernt! Das ist in Wahrheit die Gewinnung von Brot aus Stein, gleich der seit lange betriebenen Verarbeitung der mineralischen Phosphorite auf nutzbringende lösliche Düngestoffe. Freilich, das Zeitalter der Glückseligkeit ist noch nicht angebrochen, welches unser illustrier Kollege Ferdinand Cohn vor drei Jahren auf der Berliner Naturforscherversammlung voraussagte. Die Verfertigung der Broitfrage, aller Nahrungsforgen, des Kampfes

ums Dasein unter den Menschen erachtet er für erreicht, wenn einst die Chemie gelernt haben wird, aus Kohlen- säure und Wasser Stärkemehl zu erzeugen. Allein diese chemische Industrie treibt seit unendlichen Zeiten der Feld- bebauer, und kaum möchte es ein so großer Fortschritt sein, wenn man den Ader durch eine chemische Fabrik ersetzte. Wohl aber ist die Lösung von der Wissenschaft zu erhoffen: Die Holzfaser muß eine Quelle menschlicher Nah- rung werden. In der That, bedenkt man, wie gering das Quantum brotgebenden Stärkemehls ist, welches uns die Aehre liefert, und erwägt man weiter, daß die Holz- faser genau dieselbe chemische Zusammensetzung besitzt wie die Stärke, so bietet sich die Möglichkeit einer ins Un- endliche gesteigerten Nahrungsproduktion in der Lösung der Aufgabe: Cellulose in Stärkemehl zu ver- wandeln. Das Holz der Wälder, das Gras, selbst Stroh und Spreu — sie würden eine unerschöpf- liche Quelle menschlichen Nahrungstoffes bilden, wäre dies Problem gelöst. — Hat man doch neuerdings gelernt, die früher bestrittene Umwandlung des atmos- phärischen Stickstoffes zu Eiweiß in gewissen Pflanzen zu verfolgen und durch passende Behandlung zu begünstigen — wie dies die schönen Arbeiten von Hellriegel erwiesen haben. Planmäßige Vermehrung des Pflanzeneiweiß aber, in Gemeinschaft mit der Erzeugung von Stärkemehl aus Cellulose, würde in Wahrheit die Lösung der Brotfrage bedeuten. Möchte es der Chemie vergönnt sein, durch solchen Fund dereinst ein goldenes Zeitalter für die Menschen vorzubereiten!

Der Fortschritt der Wissenschaft hat Engels Recht gegeben: sie hat sich rascher vermehrt als die Bevölkerung. Aber auch die Substanzmittel sind rascher angewachsen als Letztere. Im Jahre 1814 betrug die Bevölkerung von England etwa 11 Millionen Seelen und der sogenannte „Nationalreichtum“ von Großbritannien belief sich im selben Jahre auf 2200 Millionen Pfd. Sterl. Heute zählt die Einwohnerzahl Englands 27 1/2 Millionen und der „Nationalreichtum“ des gesammten Inselreichs betru- gen, wie wir triumphierend verkündet, schon im Jahre 1885 10 000 Millionen Pfd. Sterl.

Die Bevölkerung hat sich also vermehrt wie 1 zu 2 1/2 und der Reichtum nahm zu im Verhältnis von 1 zu 4 1/2.

Substanzmittel sind also genügend vorhanden, aber — der „Nationalreichtum“ bedeutet Reichtum der oberen Zehntausend der Nation. Während eine kleine Klasse der Menschheit im Ueberflusse schwelgt, darbt der größte Theil der Bevölkerung unter Entbehrung und Noth. Während die Erde eine Fülle von Getreide bietet, klagen Millionen von Arbeitern über Mangel an Nahrung. Die Viehzucht ist bis zu einer früher ungeahnten Höhe entwickelt, und doch ist der Verbrauch des Fleisches gesunken. Die eisernen Finger der Spinnmaschine zerzupfen Millionen Pfunde von Baumwolle, deren Produkte der mechanische Webstuhl zu Stoffen verarbeitet, und doch ist ein großer Theil der Menschen nicht im Stande, seine Blöße zu bedecken.

Der Uebelstand liegt also nicht im Mangel von Sub- stanzmitteln. Das Schillerische „Raum für Alle hat die Erde“ hat jetzt und immerfort Geltung. Das Malthus'sche Wort von dem nicht gedeckten Tisch ist eine Unwahrheit. Der Tisch der Natur ist für Alle gedeckt.

Wessen Schuld aber ist es, daß nicht Jedermann Theil nimmt an der Mahlzeit?

Die Arbeitszeit in Frankreich. 1)

Indem der internationale sozialistische Arbeiterkongreß die Arbeiterausgesetzgebung überall da, wo die kapitalistische Produktionsweise herrscht, als unumgänglich notwendig erklärte und als Grundlage einer solchen Gesetzgebung die Beschränkung der Arbeitszeit für die Er- wachsenen auf höchstens acht Stunden im Tag aufstellte, zeigte sich der Kongreß auf der Höhe der sozialen Er- kenntnis.

In der That ist für Alle, welche nicht bloß in einer mehr oder minder fernem Zukunft, sondern schon in der Gegenwart dem bestehenden Arbeiterelend abzuhelfen wünschen, die Beschränkung der Arbeitszeit auf acht Stunden täglich die Hauptfrage; sie ist die wichtigste der Reformen, deren Verwirklichung wir anzustreben haben, so lange nicht das Proletariat im Besitze der politischen Macht und dem- gemäß stark genug sein wird, zu seiner gänzlichen Emanzi- pation zu schreiten.

Bleibt auch die Eroberung der politischen Macht unsere Hauptaufgabe, die wir keinen Augenblick aus den Augen lassen dürfen, so kann und soll man doch alle die Ver- besserungen zu erzielen suchen, die jetzt schon durchführbar sind, man soll dies um so mehr, als alle diese Verbesse- rungen und namentlich die Reduktion der Arbeitszeit nur geeignet sind, die Kampffähigkeit des Proletariats zu er- höhen. Die Hauptfrage ist vorläufig, die Massen aufzu- klären, sie zu zielbewusstem Handeln zu befähigen und so in den Stand zu setzen, im gegebenen Moment die Ver- hältnisse für sich auszubenten; ist es denn nicht weit vor- theilhafter für die sozialistische Propaganda, wenn sie es mit Arbeitern zu thun hat, welche durch ihre Arbeit noch nicht ganz ermattet sind, statt mit solchen, die, nachdem sie ihr Tagewerk verrichtet, ermüdet von der langen Arbeitszeit einzig nach Ruhe sich sehnen?

Weit davon entfernt, mehr Schaden als Nutzen zu stiften, wie unsere Anarchisten behaupten, würde demnach die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit auf acht Stunden

des Tages die Arbeiterfrage im Allgemeinen wie auch das persönliche Interesse jedes einzelnen Arbeiters nur fördern. Nütze jedoch diese Beschränkung der Arbeitszeit allein der Sache der Arbeiter, wäre es thöricht, sie von unsern heutigen Gewalthabern zu erwarten; man kann vielmehr bloß dann hoffen, sie denselben abzunöthigen, wenn die ganze Gesellschaft aus dieser Reform Nutzen zieht.

Während in Folge der Entlastung von einem Theil seines bisherigen Tagewerkes der Arbeiter mehr Mensch würde, besser leben und richtiger denken lernen, würde die gesammte Bevölkerung in doppelter Hinsicht, in physischer wie moralischer, gewinnen. Gleichzeitig mit der mensch- lichen würde sich nämlich dadurch die mechanische Arbeits- kraft und die Technik vervollkommen, wie die in England als Folge der Fabrikgesetzgebung und hauptsächlich der Verkürzung der Arbeitszeit zu beobachten war. Und da die Gesellschaft aus allen diesen Veränderungen nur Nutzen ziehen könnte, würden auch die Kapitalisten nichts dadurch einbüßen, wie die Ueberlegenheit der englischen Industrie mit ihren wöchentlich fünfzig Arbeitsstunden zur Genüge beweist.

Jedoch trotz dieser unbestreitbaren Vortheile des acht- stündigen Arbeitstages hat man in Frankreich nach dieser Richtung hin nichts erreichen können seit dem Erlaß des Gesetzes vom 9. September 1848, wodurch die Arbeitszeit für die erwachsenen Arbeiter in Hüttenwerken und Fabriken auf 12 Stunden täglich beschränkt wurde. Allerdings hat unterm 31. Juli 1886 der Gemeinderath von Paris den neunstündigen Arbeitstag für alle städtischen Arbeiten ein- zuführen beschlossen; in der Praxis aber scheitert diese Vor- schrift vielfach am bösen Willen der oberen Behörden. Trotzdem in 40 Jahren die Gerichtsannalen keinen einzigen Fall von Zuwiderhandlung gegen das Gesetz von 1848 zu verzeichnen haben, wäre es falsch hieraus zu schließen, daß dasselbe gewissenhaft beobachtet wurde und wird; in Frankreich sind dann und wann, freilich selten genug, Gesetze zu Gunsten der Arbeiter erlassen worden, aber sie werden nicht gehandhabt; man betrachtet sie, wie im Senat ein Anhänger dieses Systems sich ausdrückte, als „plato- nische Genugthuung“ („satisfactions platoniques“). Es ist zu wünschen, daß dies nicht mehr der Fall sei, wenn einmal — was allerdings noch wenig wahrscheinlich — die Agitation der Arbeiter es zum Erlaß eines Achtstund- gesetzes gebracht haben wird. Gabriel Deville.

Das Zeitalter des Aluminium.

Wir hatten ein steinernes und ein Bronze-Zeitalter und befinden uns nun im eisernen. Nach diesem wird allem Anscheine nach das des Aluminium kommen, und dann wird das glänzende, schöne Aluminium das schwarze, häßliche Eisen in fast allem ersetzen, wozu dasselbe jetzt verwendet wird.

Man denkt sich Häuser aus Aluminium gebaut statt aus Eisen. Aluminium wiegt nur den dritten Theil so viel wie Eisen und ist eben so leicht, eher leichter zu bearbeiten, als dieses. Es können aus Aluminium viel größere Balken und Platten gegossen werden und werden viel leichter zu handhaben sein, als diejenigen aus Eisen, die beim Häuserbau verwendet werden. Es kann vielleicht die ganze Front eines mittelmäßigen Hauses aus einem einzigen Stücke gegossen werden.

Aluminium ist so feuerfester wie Eisen. Je größer derartige Metallplatten sind, aus denen die Front eines Hauses besteht, desto weniger sind sie bei großer Hitze der Gefahr unterworfen, sich zu biegen und zu werfen. Ein Gebäude mit Aluminium-Wänden würde der größten Feuerbrunst widerstehen, in welcher ein eisernes nach jetziger Konstruktion zusammenstürzen würde. Da Alumi- nium nicht rostet, so würde ein aus demselben errichtetes Haus stets eine silberige, glänzende Oberfläche behalten. Es bedürfte keines anderen Reinigens, als das des Ab- wuschens von anhängendem Rauch und Staub, was leicht mit einem Schwamme und Wasser geschehen kann.

Sobald das Aluminium billig genug hergestellt werden kann, um es zum Häuserbau zu verwenden, kann es auch zum Schiffsbau benutzt werden, und dies wird eine Revolution im Ozean-Handel hervorrufen. Schiffsrumpfe aus Aluminium wiegen bloß den dritten Theil so viel als eiserne bei gleichem Tonnen- gehalt, sind ebenso stark und sicher gegen Beschädigung durch Kollision wie es jetzt eiserne Schiffe sind, und ihre größere Schwimmkraft erhöht ihre Sicherheit.

Aus Aluminium hergestellte Wagen (einschließlich der Räder) für Passagiere auf Eisenbahnen würden leicht und anmuthig in der Form sein, würden nicht mehr wiegen, als die jetzigen hölzernen, sie würden unverbrennlich sein, und bei Kollisionen nicht so leicht zertrümmert werden. Die Gefahr des Reisens auf Eisenbahnen wird im Alumi- nium-Zeitalter viel geringer sein, als jetzt.

Die Dehnbarkeit (Schmiedbarkeit) des Aluminium wird es zum besten Material für Brückenbau machen. Da das Gewicht der Drahttaue, sowie überhaupt das der ganzen Brücke nur ein Drittel so viel betragen wird, wie bei einer eisernen, so können die Ingenieure dann Bauten ausführen, welche jetzt gänzlich unmöglich sind. Das Zeitalter des Aluminium wird auch das der Brücken werden.

Selbst die Luftschiffahrt wird dann der praktischen Ausführung näher kommen, da das Gewicht einer aus Aluminium konstruirten, zur Fortbewegung des Ballons bestimmten Maschine so viel geringer ist, als das einer eisernen.

Der Vorrath an diesem Metall ist unerschöpflich Eisen, Kupfer, Silber, Gold, werden in nur kleinen Lokali-

täten gefunden, aber der Thon, aus welchem das Aluminium hergestellt wird, ist in unerschöpflichen Massen auf der ganzen Erde verbreitet.

Die Schwierigkeit bezüglich dieses Metalles liegt bis jetzt noch in dessen Kosten; es ist zu theuer, weil die Herstellungsweise kostspielig ist. Der Preis ist gegen früher zwar sehr heruntergegangen, ist aber für allgemeine, praktische Verwendung noch viel zu hoch.

Der Thon besteht aus kieselhafter Thonerde. Die Kieselhaure ist zwar sehr leicht von der Thonerde (Alumi- nium-Oxyd) zu trennen; aber desto schwieriger ist die Trennung des Sauerstoffes von dem Aluminium. Es ist aber kein Zweifel, daß, vielleicht ziemlich bald, ein billiges Verfahren zur Herstellung des reinen Aluminium entdeckt werden wird.

Der Lehrermangel wird in Preußen immer fühlbarer.

So waren in den preussischen Seminaren im Jahre 1887/88 im ersten Halbjahr 496, im zweiten 434 Zög- linge weniger vorhanden als die etatsmäßige Zahl. Im Regierungsbezirk Arnberg fehlen augenblicklich 102 Lehrer und der Regierung stehen nur 50 Schulamtskandidaten zur Verfügung. In vielen anderen Bezirken walten ähnl- iche Verhältnisse ob.

Die zahlreichen Neugründungen von Präparanden- anstalten haben also ihren Zweck, den Seminaren die nöthige Zahl von Zöglingen zuzuführen, nicht erfüllt. An- statt für die Errichtung solcher Anstalten Prämien auszu- setzen und die jungen Leute durch Unterstützungen ins Lehr- amt zu locken, sollte man die Lehrgehälter aufbessern und die Zahl der Bewerber würde sich hier ebenso ver- mehren wie es in allen anderen normal besoldeten Berufs- zweigen geschieht.

In einzelnen Bezirken muß wieder wie ehemals eine Anzahl von Lehrerstellen mit Präparanden, d. h. kaum dem Knabenalter entwichenen jungen Leuten, die für die Aufnahme ins Seminar noch nicht reif sind, besetzt werden.

An eine Theilung der überfüllten Schulklassen, die seit Jahrzehnten als ein unabweisbares Bedürfnis be- zeichnet worden sind, kann unter solchen Umständen natür- lich nicht gedacht werden, obgleich die Schulen, in denen einem einzigen Lehrer 150 — 200 Kinder anvertraut sind, noch einen erheblichen Prozentsatz bilden. Beträgt doch die durchschnittliche Zahl der Schüler, die im ganzen preu- ßischen Staate auf eine Lehrkraft kommt, nicht weniger als fünfundsiebzig. In vielen Fällen steigt die durchschnittliche Frequenz der Schulklassen auf 110 — 130 Kinder, was bei den vielen kleinen Schulen im Einzelfalle viel höhere Zahlen ergibt.

Von den ca. 4 1/2 Millionen Volksschülern wurden 1882 nur 1 800 000 Kinder in „normal“ besetzten Klassen unterrichtet, d. h. in Klassen, die nicht über 70 (in mehrklassigen) und 80 Schüler (in ein- klassigen Schulen) zählten!

Aufruf

an sämtliche Drechsler und alle im Drechslergewerbe beschäftigten Arbeiter Deutschlands!

Arbeiter! Kollegen!

In Anbetracht der traurigen niedergedrückten Lage, in der sich die Arbeiter der gesammten Drechslerbranche Deutschlands befinden, ist es wohl von größter Wichtigkeit, endlich einmal ein über- sichtlich Verzeichniß der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Händen zu haben, auf Grund dessen bewiesen werden kann, daß die Zustände zum größten Theil doch recht traurige sind. Ein solches Verzeichniß aufzustellen, ist die Aufgabe der zentralen statistischen Kommission der Vereinigung der Drechsler Deutschlands, die gegenwärtig im Begriff steht, eine allgemeine Statistik aufzustellen, die sich nicht allein auf Mitglieder der Vereinigung, sondern auch auf sämtliche Drechsler und alle im Drechslergewerbe beschäftigten Arbeiter Deutschlands erstrecken soll.

Je ausgedehnter diese Statistik wird, je mehr Ortschaften und je mehr Kollegen dabei theilhaftig sind, desto eingehender und werth- voller wird das Ergebnis derselben werden, was aber nur dadurch erreicht werden kann, wenn wir die größtmögliche Unterstützung und Förderung unserer Arbeiten seitens der Kollegen finden.

Wir richten daher an Alle, die diesen Aufruf zu lesen be- kommen und im Besitze von Adressen unserer Kollegen sind, die gesonnen wären, die Sache für ihren Ort in die Hand zu nehmen, die bringende Bitte, uns solche möglichst bald mitzutheilen; jede Adresse hauptsächlich auch solche von Kollegen, die einzig oder nur vereinzelt am Orte vertreten sind, nehmen wir dankbar entgegen.

Um die Arbeit schneller zu fördern und einheitlicher zu ge- stalten, empfiehlt es sich, daß die Kollegen aus ihrer Mitte für ihren Ort eine lokale statistische Kommission wählen, die dann die Fragebogen antheilt, die Ergebnisse der wieder zurückgekauften zusammenstellen, die in ein besonderes Formular eingetragen wer- den müssen.

Organisationen und Vereine, die auf Grund bestehender Ver- einbündnisse nicht mit uns in Verbindung treten können, empfehlen wir, die ganze Angelegenheit in öffentlicher Versammlung zu be- werthstelligen, da einen Vertrauensmann zu wählen, dem dann alles weitere übergeben wird.

Das nöthige Material, Fragebogen und Zusammenstellungs- formular wird von uns geliefert und eingesandt.

Es ist die bevorstehende Statistik die erste unseres Gewerkes, die in solchem Umfange über ganz Deutschland aufgenommen wird, und zum Gelingen derselben mit seinen Kräften dazu beizutragen, das müßte sich jeder Kollege als Ehrensache recht angelegen sein lassen.

Halle, im Februar 1890.

Die zentrale statistische Kommission der Vereinigung der Drechsler Deutschlands.

Alle Anfragen und Sendungen sind an den Vor- sitzenden der Kommission, Kollege P. Polshausen, Halle a. d. S., Firtengasse 15, 1. Etage, zu richten.

1) Aus dem „Achtstündigen Arbeitstag“, den wir hier- mit unseren Lesern abermals auf das Beste empfehlen. Jährlich 5 Mark Abonnementspreis. Expedition: Basel, Spalenwortsch 3.

Politisches, Gewerkschaftliches.

Notawes. Am 16. d. M. re'erte Dr. Bruno Wille in einer öffentlichen Wählerversammlung über das Thema: Erstrebt die Sozialdemokratie den Umsturz? Diese Wählerversammlung wurde aber aufgelöst, als Genosse Sumpff zu einer Resolution, welche verlangt, daß der 1. Mai, zu Gunsten des achtundzwanzigjährigen Arbeitstages, als Feiertag betrachtet werden soll, das Wort ergriff und sagte: „Es darf am 1. Mai kein Mensch arbeiten um der Regierung zu zeigen, daß wir nur 8 Stunden arbeiten wollen, damit nicht die Arbeiter, an der Schwindsucht, fernerhin infolge Ueberanstrengung zu Grunde gehen. Es ist natürlich Beschwerde dagegen eingereicht.“

An die Drechsler Deutschlands. Am 15. Februar legten die Drechsler von Bunzlau in der Fabrik von Martin u. Barisch die Arbeit wegen Lohnminderung nieder. Genannte Herren erklärten, die Drechsler, die in der Vereinigung der Drechsler Deutschlands wären, könnten sie nicht gebrauchen. Der Jüngling nach Bunzlau ist deshalb streng fern zu halten, um die erst errichtete Mitgliedschaft nicht wieder zu zerstören.

— **Kranken- u. Begräbniskasse für die im Berliner Gärtnerei- und Bronzergewerbe beschäftigten Personen.** (Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 60.) Am Sonntag, den 23. Februar Vormittags 10 $\frac{1}{2}$ Uhr, in den Zentral-Festhallen, Dranienstraße 180. Ordentliche Generalversammlung.

— **Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.** (Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 29.) Hamburg. Filiale Berlin 8, sowie die Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter Nr. 89 „Bulkan“. Versammlung am Sonntag, den 26. Februar, Vormittags 10 $\frac{1}{2}$ Uhr bei P. Gottschalk, Badstr. 22.

— **Allgemeiner Arbeiterinnen-Verein sämtlicher Berufszweige Berlins und Umgegend.** Versammlung am Dienstag, den 25. Februar Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in Scheffers Salon, Inselstraße 10. Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille über die Frauen-Emanzipation.

— **Verein der in der Schäftfabrikation beschäftigten**

Fachverein d. in Buchbindereien u. verw. Betrieben beschäftigten Arbeiter.

Montag, den 24. Februar, Abends 9 Uhr, Annenstraße Nr. 16

Große außerordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Wie verhalten wir uns zu unserer bisherigen Reinstunden-Bewegung?
2. Verschiedenes und Fragelasten.
Anbetracht der hochwichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.
NB. Die Bibliothek ist wieder geöffnet. — Der Arbeitsnachweis des Vereins befindet sich nach wie vor „Dresdenerstr. 116“ und steht auch Nichtmitgliedern zur Verfügung.

Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer Berlins.

Sonntag, den 23. Februar et., Vorm. 10 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Königsstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72.

Große Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Das Alters- und Invaliden-Versicherungsgesetz und die wichtigsten Bestimmungen für die Arbeiter.
2. Verschiedene Vereinsangelegenheiten.
Neue Mitglieder werden aufgenommen. — Die Kollegen werden ersucht die Fragebogen abzuliefern. Der Vorstand.

Berliner Arbeiter-Bildungs-Verein.

Montag, den 24. Februar, Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in Lehmann's Salon, Schwedterstraße 24.

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag. — 2. Diskussion. — 3. Antrag der letzten Generalversammlung auf Anschluß eines Mitgliedes. — 4. Allgemeines und Fragelasten. Der Vorstand

Freie Vereinigung der im Vergolder-Gewerbe beschäftigten Arbeiterinnen Berlins.

Montag, den 24. Februar, Abends 8 Uhr, in Scheffers Lokal, Inselstraße 10.

Große Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille, über „Frauen-Emanzipation“. — 2. Diskussion.
3. Aufnahme neuer Mitglieder.
4. Verschiedenes und Fragelasten.
Gäste, Damen und Herren sind willkommen. — Wir machen speziell die Arbeiterinnen aller Branchen auf die Tagesordnung aufmerksam und bitten um rege Beteiligung. Der Vorstand.

Der Arbeitsnachweis

der **Klavierarbeiter**

befindet sich jetzt Naumannstr. 78, im Restaurant Winger. Die Adressenausgabe findet jeden Abend von 8—9 $\frac{1}{2}$ Uhr u. Sonntags Vormittags von 10—11 $\frac{1}{2}$ Uhr an Mitglieder wie an Nichtmitglieder unentgeltlich statt.

Die Arbeitsvermittlungskommission.

„Achtstündiger Arbeitstag.“

Abonnements darauf nimmt entgegen **Carl Wagner**, Admiralsstraße 27, vorn III.

Cigarren und Tabake

Vorzügliche 5- und 6-Pfennig-Cigarren von **W. Lindemann**, Heimstraße 24, a. d. Bergmannstraße.

Arbeiterinnen. Montag, den 24. Februar, Abends 8 Uhr, in Meyers Lokal, Alte Jakobstr. 88. Vortrag des Frä. Baber über die Stellung der Frau in industrieller und rechtlicher Richtung.

— **Freireligiöse Gemeinde Rosenthalerstr. 38.** Sonntag, den 23. Februar, Vormittags 10 Uhr, Vortrag des Herrn Dr. Conrad Schmidt über: „Epinosa“. Abends 7 Uhr, Neue Friedrichstraße 35, in den Festhallen v. n. Draefel Stiftungsfest-Feier. Festvortrag von Herrn G. Vogherr (Später Tanz und Unterhaltung.)

— **Vereinigung der Drechsler Deutschlands.** Berlin IV (Norden). Versammlung. Montag, 24. Februar, Abends 8 Uhr, bei Gnadt, Brunnenstr. 38.

— **Die Vereinigung der Drechsler Deutschlands.** Ortsverwaltung Berlin III. Sonntag, den 23. Februar, Vormittags 11 Uhr, Andreasstr. 26, Versammlung.

— **Der Arbeits-Nachweis des Fachvereins der Schlosser** befindet sich für den Süden Dresdenerstr. 116 bei Grünbel, für den Norden Anklamerstr. 49 bei Nürnberg.

— **Verein der Klempner Berlins.** Arbeitsnachweis bei Stramm, Ritterstraße 123.

— **Der unentgeltliche Arbeitsnachweis für Klavierarbeiter** befindet sich vom 20. Oktober ab Naumannstr. 78 bei Winger. Die Adressenausgabe findet jeden Abend von 8—9 $\frac{1}{2}$ Uhr und Sonntags Vormittags von 10—11 $\frac{1}{2}$ Uhr, sowohl an Mitglieder wie an Nichtmitglieder unentgeltlich statt.

— **Sanitätsverein der Arbeiter beiderl. Geschlechts.** Beiträge werden täglich entgegengenommen, sowie Botschaften und neue Mitglieder aufgenommen bei Herrn Otto Rasche, Mariannenstraße 34, Hof 3 Tr.

— **Sozialdemokratischer Beseßler-Verein.** Jeden Montag im Lokale d. Herrn Spiekermann, Markusstr. Vereins-Versammlung. Vorlesung und Diskussion. Gäste willkommen.

Literarisches.

Volksbibliothek des menschlichen Wissens, herausgegeben und verlegt von Bruno Geiser, Breslau, Lägowstr. 16. Soeben gelangte zur Ausgabe Heft 115 und 116.

Berliner Arbeiterbibliothek.

Herausgegeben von **Max Schippel**-Berlin.

Eine Sammlung allgemein verständlicher Agitationschriften in bester Ausstattung und zu niedrigstem Preise, die wir allen Lesern der „Volks-Tribüne“, sowie allen Mitgliedern von Arbeitervereinen aller Art bestens empfehlen.

- Heft 1. Ein sozialistischer Roman. Nach dem Amerikanischen. Von Edward Bellamy. 32 Seiten. Preis 15 Pfg.
- Heft 2. Die Gewerkschaften, ihr Nutzen und ihre Bedeutung für die Arbeiterbewegung. Von Max Schippel-Berlin. 32 Seiten. Preis 15 Pfg.
- Heft 3. Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart. Von Clara Zetkin-Paris. 40 Seiten. Preis 20 Pfg.
- Heft 4. Die französische Arbeiterbewegung seit der Pariser Kommune. Von Ossip Zetkin-Paris. 48 Seiten. Preis 20 Pfg.
- Heft 5. Charakteristika aus der französischen Arbeiterbewegung. Von Ossip Zetkin-Paris. 48 Seiten. Preis 20 Pfg.
- Heft 6. Die Haus-Industrie in Deutschland. Von Paul Kampffmeyer-Genf. 32 Seiten. Preis 15 Pfg.
- Heft 7. Junger und Bauer. Von Paul Kampffmeyer-Genf. 32 Seiten. Preis 15 Pfg.
- Heft 8. Die wirtschaftlichen Umwälzungen unserer Zeit und die Entwicklung der Sozialdemokratie. Von Max Schippel-Berlin. 32 Seiten. Preis 15 Pfg.
- Heft 9. Die Marx'sche Werttheorie. Zur Einführung in das Studium von Marx. Von Paul Fischer-London. 52 Seiten. Preis 20 Pfg.
- Heft 10. Die Sozialdemokratie und der Deutsche Reichstag. Materialien zum Gebrauch für sozialdemokratische Reichstagswähler. 36 Seiten. Preis 15 Pfg.

Zu beziehen durch die bekannten Rosportente und die Expedition der „Berliner Volks-Tribüne“, Berlin S.O., Dranienstraße 23.

Jedes Heft ist einzeln käuflich.

Wiederverkäufer, sowie Arbeitervereine erhalten hohen Rabatt.

Die Buchhandlung und Buchbinderei v. R. Kohlhardt,

34, Mariannen-Strasse 34,

empfehlen allen Bekannten ihre Schriften und Bilder.

Clara verw. Wilhelm Hasenclever.

1. Geschäft Chaussee 49/50. — 2. Geschäft Brunnenstr. 122 (Ecke Anklamerstr.)
Empfehlenswerthe 5 Pf.-Cigarren: Nr. 54 Wanda, mittel und Nr. 56 Merito, kräftig.
Den Parteigenossen bei Bedarf bestens empfohlen.

Die seit 1877 bestehende, weitbekannte **Uhrenfabrik**

von **Max Busse**

157. Invaliden-Strasse 157,

neben der Markthalle,

verkauft jetzt sämtliche Uhren zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Für jede Uhr wird reelle Garantie geleistet.

Grosse Abschlüsse mit Pforzheimer und Hanauer Fabrikanten ermöglichen derselben Firma den Verkauf von **Gold-, Silber-, Granaten- und Korallenwaaren** zu fabelhaft billigen Preisen.

Spezialität: Ringe.

Reparaturen an Uhren und Goldsachen werden auf das Gewissenhafteste ausgeführt.

Arbeitsnachweis der Maler

früher Ritterstr. 123 bei Sodite, jetzt **Dresdenerstr. 116** (Restaurant Wendt).

Jeden Abend von 8—9 Uhr (außer Sonnabends) und Sonntags Vormittags von 10—12 Uhr unentgeltliche Arbeitsvermittlung.

Die Bevollmächtigten der Filiale 1.

Arbeitsnachweis für Tischler.

Der vom Fachverein der Tischler begründete Arbeitsnachweis befindet sich

Wallstraße 7-8.

Die Arbeitsvermittlung geschieht für Meister und Gesellen (auch Nichtmitglieder) unentgeltlich. Die Adressenausgabe erfolgt an Wochentagen von 7 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends, Sonntags von 9—11 Uhr Vormittags. Der Vorstand.

Der vom Fachverein der Tischler begründete Arbeitsnachweis befindet sich

Wallstraße 7-8.

Die Arbeitsvermittlung geschieht für Meister und Gesellen (auch Nichtmitglieder) unentgeltlich. Die Adressenausgabe erfolgt an Wochentagen von 7 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends, Sonntags von 9—11 Uhr Vormittags. Der Vorstand.

Junger Mann (Parteigenosse) als Kellner nach Halle gesucht. Offerten mit Bedingungen an Exped. d. Volks-Tribüne.

Berliner Arbeiterbibliothek.

Zur Beachtung!

Wir gedenken, während der Wahlbewegung, die unsere und unserer Mitarbeiter Kräfte voll in Anspruch nimmt, kein weiteres Heft erscheinen zu lassen, dann aber rasch die erste Serie (Heft 1—12) zum Abschluß zu bringen.

Die zweite Serie hoffen wir mit einer größeren Arbeit von **Max Schippel** eröffnen zu können:

Der Sozialismus und der Staatssozialismus der Gegenwart. Zur Kritik unserer inneren Entwicklung, sowie des sozialdemokratischen Programms.

Wir bitten, die günstige Zeit der Wahlbewegung zu eifriger Agitation für die „Berliner Arbeiterbibliothek“ auszunutzen. Die notwendige Aufklärung der Massen bedingt auch eine Massenverbreitung aller Flugchriften und Broschüren unserer Partei. Die Massenverbreitung ist auch die Voraussetzung dafür, daß literarisch immer Besseres und Reichhaltigeres geboten werden kann.

Wir dürfen bei den deutschen Genossen wohl um so eher regste Unterstützung erwarten, als jede Mehreinnahme der „Berliner Arbeiterbibliothek“ lediglich zur Verbesserung bez. Verbilligung unserer Broschüren dienen soll und der Kontrolle angesehener Parteigenossen unterliegt.

Für alles Nähere verweisen wir auf die umstehende Annonce.

Der Verlag der „Berliner Volks-Tribüne“.

Parteigenossen empfehle mein Restaurations-Lokal, bestehend aus vier Zimmern.

Als Wahl-Bureau oder zu sonstigen Vorgesprächen bestens zu empfehlen.

Restaurations zum „Dükel Reder“, 86. Naumannstr. 86, part.

Allen Freunden und Genossen empfehle meine

Restaurations J. Kaddatz.

Wienerstraße 50.

Meinen werthen Freunden und Genossen empfehle mein

Weißbier-Lokal.

Gleichzeitig sind

Vereins-Zimmer

zu vergeben. **Otto Linke**, Forsterstraße Nr. 45.

A. Hoffmann,

Kaiserstraße 4,

empfehlen sein Lokal zu Vereinsfestungen und ein Zimmer gut geeignet zu Zahlstellen.

Franz Beyer,

Prinzessinnenstrasse 15 (am Moritzplatz)

empfehlen:

Punsch und Rum, Originalflaschen 1.50.

Rot- und Ungarwein $\frac{1}{2}$ Fl. 1.50.

Empfehle meinen werthen Freunden und Genossen sowie den Lesern dieses Blattes mein

Cigarren-Geschäft.

Carl Lehmann,
Brunnenstr. 83, dicht am Humboldtthor.

Cigarren u. Tabake

reichhaltiges Lager

von **O. Klein**,
15. Ritterstraße 15.

Dieselbst Zahlstelle der Gärtnerei-Bronceur (G.H. 60.)

Empfehle den Genossen meine zum

Minimal-Lohn

der Berliner Tabakarbeiter

verfertigten Cigarren.

Wilh. Boerner,
Ritterstr. 108, d. 2. Haus v. d. Bringenstr.

C. Wildberger

Tapezierer u. Dekorateur.

Kommandantenstr. 60,

empfehlen sich zur Anfertigung von Polster- und Dekorationsarbeiten. Garnituren und Sophas stets zur Ansicht bereit.

Albert Auerbach,

Berlin S., Kottbuser Damm 7.

Schuh- und Stiefel-Lager

für Herren, Damen und Kinder.

Reelle Bedienung. — Feste Preise.

Den Parteigenossen empfohlen!

Lebensgroße Porträts in Kreide

Malerei. Laffalle, sowie überhaupt

Führer der soz.-dem. Partei.

Garantie für sprechende Ähnlichkeit.

Die Bilder werden fertig — elegant eingerahmt — versandt und kosten per Nachnahme franko

Stück 14 Mark.

Hammer & Fessel,

Onedlinburg, Wilhelmstraße Nr. 13.